

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ausweisung-eines-islamischen-predigers-gericht-entscheidet/ar-AA1qLjxV?ocid=mседgdhp&pc=U531&cvid=58ed3c8a4305454e8542226577374b04&ei=19>

Gericht entscheidet über Ausweisung eines Imams

Artikel von dpa

Darf ein salafistischer Prediger aus Bremen ausgewiesen werden? Das soll eine Verhandlung vor dem Bremer Oberverwaltungsgericht klären. Zum Auftakt ordnete ein Islamwissenschaftler von der Uni Erlangen verschiedene Aussagen aus Predigten des Tunesiers ein. **Er erklärte, dass es im Salafismus eine klare Trennung zwischen Gut und Böse gibt. Nach seinem Gutachten hat der Imam teilweise eindeutige Formulierungen verwendet - gegen Juden und für die Unterstützung muslimischer Kämpfer. «Oh Gott, steh' unseren Brüdern, den Dschihadisten und Mudschahedin überall bei, in Palästina, Gaza, Irak, Bosnien, Afghanistan, Oman – und besiege die Enkel der Affen und Schweine», war ein Zitat, das der Gutachter analysierte.**

Das Gericht stellte vorab klar: «Ausweisungen sind Abwägungsentscheidungen».

Grundvoraussetzung für die Ausweisung sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Als Beispiele für Ausweisungsgründe nannte er das Unterstützen einer terroristischen Vereinigung und der öffentliche Aufruf zu Gewalt. Bei der Entscheidung müssten auch die Interessen der betroffenen Person berücksichtigt werden.

Innenbehörde sieht in dem Mann eine Gefahr

Das Bremer Innenressort hatte im Jahr 2021 angeordnet, dass der Mann das Land verlassen muss. Laut Verfassungsschutz verbreitete er als Imam des Islamischen Kulturzentrums Bremen (IKZ) verfassungsfeindliche Ansichten. Er soll sich auch werbend über terroristische Vereinigungen geäußert haben. Die Innenbehörde legte damals dar, dass der Salafist die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde und zitierte aus dessen Predigten. Sie verhängte ein 20-jähriges Einreise- und Aufenthaltsverbot und drohte die Abschiebung in die Tunesische Republik an. Gegen all dies ging der Imam gerichtlich vor.

Das Verwaltungsgericht hob die Bescheide des Innensenators im Jahr 2022 auf. Das Gericht sah keine Gefahr für die Öffentlichkeit. Demnach bewegten sich die Äußerungen des Mannes im Rahmen der Religions- und Meinungsfreiheit. Das Innenressort konnte diese Einschätzung nicht nachvollziehen und ging dagegen vor. Deshalb wird der Fall nun vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt.

Innenbehörde: Salafisten lehnen Demokratie ab

Dem Innenressort zufolge sind das IKZ und die maßgeblichen Akteure dort dem politischen Salafismus zuzuordnen. Dieser räume seiner Islaminterpretation absoluten Geltungsanspruch ein. «Salafisten lehnen die Demokratie ab», teilte eine Sprecherin mit. «In der salafistischen Rechtsauffassung sind Körperstrafen für Kapitalverbrechen und die Züchtigung der Frau legitimiert.» Der Imam sagte vor Gericht, er sei nicht gegen die Demokratie. Eine formelle Ausbildung zum Imam hat er eigenen Angaben zufolge nicht. Er lese viel und: «Ich frage die Leute, die mehr wissen als ich.» Derzeit habe er keine bezahlte Arbeit und bekomme auch keine staatliche Unterstützung, sagte er. Er habe Schulden.

Geldstrafe wegen Verletzung seiner Frau

Der Mann hat in Deutschland vier Kinder. Von der Mutter seiner Kinder lebt er inzwischen getrennt und ist nach islamischem Recht wieder verheiratet. Wegen Taten gegenüber der Mutter seiner Kinder wurde der Mann wegen Körperverletzung und Bedrohung vor Jahren zu einer Geldstrafe verurteilt. Seine Kinder durfte er zeitweise nur unter Aufsicht sehen. Inzwischen sieht er sie regelmäßig, wie er vor Gericht sagte. Mehrere Kinder wurden vor Gericht befragt - unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Zum Abschluss der Verhandlung betonte der Anwalt des Imams, dass es aus seiner Sicht keine Gründe für eine Ausweisung gebe. Sein Mandant habe möglicherweise früher abwertende Begriffe

verwendet, inzwischen habe sich seine Rhetorik verändert. Der Umgang mit seinen Kindern sei wichtig, dies müsse berücksichtigt werden.

Urteil noch am Mittwoch

Die Vertreterin der Innenbehörde sah dagegen keine Veränderungen in den Äußerungen des Imams. Er spreche weiter etwa von «Krieg ohne Gnade» und davon, dass man bereit sein müsse, alles für die Religion zu geben. Sie verwies darauf, dass der Mann auch nicht mit seinen Kindern zusammen lebe. Am Nachmittag zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Das Urteil soll noch im Laufe des Mittwochs verkündet werden.

[https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ausschreitung-nach-terrorangriff-auf-israel-prozess/ar-](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ausschreitung-nach-terrorangriff-auf-israel-prozess/ar-AA1qRXT5?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=3e7371d9d96243b5a871f174b1cafcabc&ei=40)

[AA1qRXT5?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=3e7371d9d96243b5a871f174b1cafcabc&ei=40](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/ausschreitung-nach-terrorangriff-auf-israel-prozess/ar-AA1qRXT5?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=3e7371d9d96243b5a871f174b1cafcabc&ei=40)

Ausschreitung nach Terrorangriff auf Israel - Prozess

Artikel von dpa

Nach Ausschreitungen bei einer propalästinensischen Demonstration in Berlin-Neukölln am Tag des Terrorangriffs auf Israel vor knapp einem Jahr beginnt heute (11.00 Uhr) der Prozess gegen einen 25-Jährigen. Die Anklage wirft ihm Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte vor.

Der Mann soll am späten Abend des 7. Oktober 2023 aus einer etwa 100-köpfigen Gruppe heraus eine Glasflasche in Richtung von Polizisten geworfen habe. Ein Beamter wurde laut Anklage von hinten am Helm getroffen und erlitt Schmerzen im Nackenbereich. Zunächst hat das Amtsgericht Tiergarten einen Verhandlungstag geplant.

Seit dem Terrorangriff der islamistischen Hamas haben Polizei und Justiz in Berlin eine deutliche Zunahme von Straftaten im Kontext mit dem Gaza-Krieg registriert. Der Staatsanwaltschaft liegen nach eigenen Angaben bislang rund 3.030 Verfahren (Stand: 16. September) vor. Davon geht es in etwa 970 Fällen um Straftaten bei Demonstrationen zu dem Nahost-Konflikt, wie ein Behördensprecher auf Anfrage mitteilte. Es gab demnach bislang insgesamt 14 Verurteilungen, mit einer Ausnahme zu Geldstrafen.

[https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/neuk%C3%B6lln-polizeieinsatz-an-moschee-pl%C3%B6tzlich-geht-alles-ganz-schnell/ar-](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/neuk%C3%B6lln-polizeieinsatz-an-moschee-pl%C3%B6tzlich-geht-alles-ganz-schnell/ar-AA1rnofp?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=1d5aa1cc48534821a86012ef2a8d4c11&ei=35)

[AA1rnofp?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=1d5aa1cc48534821a86012ef2a8d4c11&ei=35](https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/neuk%C3%B6lln-polizeieinsatz-an-moschee-pl%C3%B6tzlich-geht-alles-ganz-schnell/ar-AA1rnofp?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=1d5aa1cc48534821a86012ef2a8d4c11&ei=35)

Neukölln: Polizei-Einsatz wegen Polizei-Auto

Der Vorfall vor der Moschee des Vereins Furkan Berlin ereignete sich am Freitag-Mittag gegen 13 Uhr. Wie die Polizei berichtet, sei ein Anruf über den Notruf eingegangen, dass sich gegenüber der Moschee ein Fahrzeug befinde, dass nach Ansicht des Anrufers den Verkehr behindere. Dabei habe es sich um ein ziviles Fahrzeug der Polizei gehandelt.

Wie der Verein Furkan e.V. selbst auf seiner Homepage mitteilt, sei man durch Besucher der Freitagsgebets auf ein „auffällig falsch parkendes Auto unmittelbar vor unserer Einfahrt aufmerksam“

gemacht worden. Die vier Fahrzeuginsassen hätten ihr Auto auch nach zweifacher Aufforderung nicht umgeparkt und auch keinen „Grund für ihr Verhalten dargelegt“. Da man den Fall schnell klären wollte, rief man die Polizei.

Die wiederum berichtet, dass das Auto mit den Zivilpolizisten bereits von einer Gruppe von zehn bis 15 Personen umstellt gewesen sei, als ein Funkwagen vor Ort eingetroffen war. Die eingetroffenen Beamten hätten anschließend drei der umstellenden Männer wegen „des Verdachts der Nötigung im Straßenverkehr und wegen Beleidigung“ überprüfen wollen. Daran seien sie laut eigener Aussage gehindert worden.

Einer der Männer flüchtete bevor seine Personalien festgestellt werden konnten, in die Moschee. Auch ein zweiter, ein 31-Jähriger habe sich der Kontrolle entziehen wollen, heißt es im Bericht der Polizei. Erst sei er in die eine, dann in die andere Richtung davon gelaufen. Dann sei plötzlich alles ganz schnell gegangen. Bis zu 30 Personen aus der Moschee sollen sich anschließend zwischen den Mann und die Polizisten gestellt haben. Auch er soll in das Gotteshaus geflohen sein.

Männer stören Polizei-Einsatz

Einem dritten Mann (34) soll wegen dem Einschreiten der anderen Personen, die die Maßnahmen gefilmt und gestört haben sollen, die Flucht in Richtung Moschee gelungen sein, berichtet die Polizei. Ihr wurde demnach der Zugang zu dem Gebäude zunächst verwehrt. Erst als Verstärkung eingetroffen war, habe ein Verantwortlicher den Zugang geöffnet. Die drei Männer konnten dort aber nicht mehr angetroffen werden. Die Namen des 31-Jährigen und des 34-Jährigen waren den Beamten aber bereits bekannt.

In einem Statement der Moschee heißt es: „Es gab weder Festnahmen noch andere polizeiliche Maßnahmen.“ Die Polizei ermittelt derweil weiter wegen „Nötigung im Straßenverkehr, Beleidigung, Landfriedensbruchs, Gefangenenbefreiung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“. Zudem wird auch gegen einen Polizisten wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt ermittelt. Ein Beteiligter hatte angegeben, von einem Polizisten mit einem Schlag ins Gesicht verletzt worden zu sein.

Warum die Polizei mit einem Zivilfahrzeug vor dem Gebäude der Moschee stand, geht aus der Mitteilung übrigens nicht hervor. Der Furkan e.V. konnte jüngst einen Erfolg verbuchen. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschied, dass Berlin den Verein aus dem Verfassungsschutzbericht 2022 streichen muss. Darin war dem Furkan e.V. eine Nähe zum Salafismus unterstellt worden. Im im Juni 2024 veröffentlichten Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2023 taucht der Furkan e.V. nicht mehr auf.

https://www.focus.de/panorama/enthemmt-und-leistungsschwach-absolute-hoelle-lehrerin-packt-ueber-taegliche-gewalt-an-brennpunkt-schule-aus_id_260365478.html

„Enthemmt und leistungsschwach“

„Absolute Hölle“:

Lehrerin packt über tägliche Gewalt an Brennpunkt-Schule aus
FOCUS-online-Chefreporter Göran Schattauer

Freitag, 04.10.2024, 15:39

Messergewalt, Mobbing, Sexismus: Auf FOCUS online spricht eine Lehrerin offen über den „Höllens-Alltag“ an einer Brennpunkt-Schule mit hoher Migranten-Quote und vielen Kindern aus sozial schwachen Familien. Ihr düsteres Fazit: „Das System fällt uns auf die Füße.“

Birgit Ebel ist Lehrerin in Nordrhein-Westfalen. 15 Jahre unterrichtete sie an einer Brennpunkt-Schule mit hohem Migrantenanteil und vielen Schülern aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien.

Mitunter sei der Alltag dort „die absolute Hölle“ gewesen, sagt sie zu FOCUS online.

Gewalt und Kriminalität, Beleidigungen und Bedrohungen, Verrohung und Aggressionen, sexuelle Übergriffe und Polizeieinsätze – „das alles ist dort an der Tagesordnung“, berichtet die Pädagogin, die im Frühjahr 2024 auf eine andere Einrichtung in einer weiter entfernten Stadt wechselte.

Was sie an ihrer früheren Schule erlebt hat, erklärt Birgit Ebel mit Worten, die manche drastisch und erschreckend nennen mögen, vielleicht auch übertrieben. Dabei beschreibt sie nur das, was sie als Realität erlebt hat.

Eine bittere Realität, wie sie mittlerweile in vielen Städten Deutschlands herrscht.

Zahl der Gewalttaten an deutschen Schulen massiv gestiegen
Allein im vergangenen Jahr zählten die Sicherheitsbehörden bundesweit rund 27.500 Gewaltdelikte an Schulen, darunter Körperverletzungen, Raubstrafaten und Messerangriffe – ein Plus von 27 Prozent im Vergleich zu 2022. In Berlin gibt es an jedem Schultag im Durchschnitt fünf Polizei-Einsätze.

Die erschreckende Entwicklung hat Fachleuten zufolge mehrere Ursachen. Dazu zählen Gewalterfahrungen in der Familie, Nachwirkungen der schwierigen Corona-Phase oder brutale Inhalte in Medien und auf Online-Plattformen.

Birgit Ebel fügt einen weiteren Grund hinzu, der in der Debatte oft verschwiegen wird:

„An unserer Gesamtschule hatten 80 bis 90 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Viele stammen aus islamisch geprägten Ländern wie Irak, Syrien, Türkei, Algerien, Bosnien, Tschetschenien, Afghanistan oder Pakistan, aber auch aus Russland und Nordafrika.“ Darunter seien Kinder aus Familien, die einer verfolgten Minderheit angehörten oder vor Terror und Islamismus nach Deutschland geflohen sind, so Ebel.

Die Herkunft der Schülerschaft mit ihren Krisen- und Kriegserlebnissen sei mitursächlich für die zum Teil chaotischen Zustände an der Einrichtung, glaubt sie. „Der Zusammenhang lässt sich aus meiner Sicht nicht leugnen. Aber kaum jemand traut sich, das offen auszusprechen.“

Für die ausufernde Gewalt in Klassenzimmern und auf Pausenhöfen seien „hauptsächlich migrantische Schüler verantwortlich, also die männlichen Heranwachsenden“, stellt die Lehrerin für Deutsch, Geschichte und Gesellschaftslehre im Gespräch mit FOCUS online fest. Diese Jugendlichen hätten offensichtlich nicht gelernt, sachliche Auseinandersetzung mit Argumenten zu führen.

„Es geht darum, wer am schnellsten zuschlägt oder Zutritt“

„Da geht es eher darum, wer am schnellsten zuschlägt oder Zutritt. Und dafür wird man dann von den anderen sogar noch gefeiert. Viele betreiben Kampfsport, ein gestählter Körper ist das Nonplusultra.“

In den Herkunftskulturen dieser Kinder und Jugendlichen würden „andere Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder vorherrschen“, so Ebel. Ein Mann zähle oftmals nur dann etwas, wenn er sich mit Gewalt gegen andere durchsetzen kann.

Als „männlich“ gelten demnach dominante Jungs, die mit Waffen, Messern oder Schlagringen umzugehen wissen. „Für manche Schüler gehört ein Messer in der Hosentasche oder im Schulrucksack zur Normalität“, weiß Ebel. Andere führten Messer bei sich, um sich verteidigen zu können. „Der Konflikt zwischen Türken und Kurden oder zwischen Muslimen und Jesiden schwingt dabei fast immer mit.“

Während männliche Lehrer noch einen relativ guten Stand hätten, müssten Frauen zum Teil massive Anfeindungen ertragen. „Wenn uns Schüler beleidigen oder kränken wollen, tun sie das meistens in sexualisierter Fäkalsprache“, sagt Ebel zu FOCUS online.

„Du alte Hurentochter“, „Ich fick Dein Kopf“, „Nutte“, „Schlampe“, „Fotze“, „Halt die Fresse“, „Ich stecke Dich mit Aids an“, „Halt’s Maul, Du Judenhure!“ – mit solchen Beschimpfungen werden Ebel und ihre Kolleginnen immer wieder konfrontiert.

Auch provozierende Rufe wie „Allahu akbar“ (Alles Lob gebührt Allah), „Nazi Hitler“ oder „Hamas! Hamas!“ schallten Ebel wiederholt entgegen. Hintergrund: Nach dem blutigen Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 solidarisierte sich die Lehrerin öffentlich mit Israel.

Einmal baute sich ein Schüler vor ihr auf und stichelte: „Mögen Sie Ausländer? Mögen Sie den Islam? Mögen Sie Muslime?“ Auch als „rassistisch“ wurde Ebel schon verunglimpft. Wenn sie eine schlechte Note gegeben hatte oder jemand sein Handy abgeben sollte – „fast immer haben die Schüler die Rassismus-Karte gezogen. Und auch Eltern machen dabei noch mit“.

Schüler bedroht Lehrerin: „Ich ziehe Dir eine Faust!“

Das findet die Lehrerin absurd. Sie sei Mitglied in der „Kurdischen Gemeinde Deutschland“ und in der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, erklärt Ebel. Seit langem setze sie sich für Menschen- und Frauenrechte ein und kämpfe gegen radikale islamistische Strömungen in Deutschland.

Nicht überall stößt das auf Gegenliebe. Ein aus Albanien stammender Schüler, der der deutschen Sprache nicht wirklich mächtig war, kündigte Birgit Ebel offen Prügel an. „Ich ziehe Dir eine Faust!“, drohte er ihr.

„Ich konnte das kaum glauben, ich kannte den Spruch nicht“, erzählt die Lehrerin. „Ich habe dann gefragt: Willst Du mich schlagen?“ Daraufhin habe der 16-Jährige den Spruch wiederholt und drohend hinzugefügt: „Beleidige nicht nochmal den Islam!“

Als sie den Täter zur Schulleitung bringen wollte, habe er nur höhnisch gelacht. Der Vorfall setzte Lehrerin Ebel zu. Sie wurde mehrere Tage krankgeschrieben. Zwar stellte sie Strafanzeige, doch die Ermittlungen gegen den Jugendlichen wurden eingestellt.

Dass einige Schüler vor körperlicher Gewalt nicht zurückschrecken, zeigt ein wackeliges Video, das FOCUS online vorliegt. Birgit Ebel bestätigt, dass die im Internet kursierenden Sequenzen aus ihrer ehemaligen Brennpunkt-Schule stammen.

Zu sehen sind vier Jungs, die im Beisein einer Lehrerin einen Klassenkameraden in die Ecke treiben, ihn umringen und brutal auf ihn einprügeln und eintreten. Man sieht, wie die entsetzte Lehrerin aus dem Raum flüchtet.

Derweil brüllen die Täter immer wieder „Du Hurensohn!“ und traktieren ihr am Boden liegendes, vor Schmerz schreiendes Opfer mit Stühlen und Bänken. Kein Mitschüler kommt zu Hilfe. Das Martyrium dauert eine gefühlte Ewigkeit. Irgendwann ruft aus dem Hintergrund ein Junge, der offenbar das Smartphone hält und filmt, in gebrochenem Deutsch: „Ey, kommt, kommt, kommt, schnell!“ Dann rennen die Schläger weg.

Das Video wurde in den sozialen Medien massenhaft verbreitet, die Täter ließen sich feiern.

Ebel: „Schlimme Entgleisungen und enthemmte Gewalt“

Birgit Ebel zufolge steht der Vorfall beispielhaft für eine dramatische Entwicklung. „Ich habe eine systematische Zunahme gewaltorientierten Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen erlebt, vor allem in der Unterstufe und in der Mittelstufe.“

Vor ein paar Jahren sei ihre Schule noch für den Deutschen Schulpreis nominiert worden. „Im Mai 2011 reisten wir mit einer Delegation nach Berlin und waren bei der Endausscheidung im Schloss Bellevue“, so Ebel. „Damals waren wir noch auf einem guten Weg. Wir konnten wirklich tolle Projekte realisieren.“

Doch dann sei die Situation zusehends schlimmer geworden. Die soziale und ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft habe sich „immer weiter zugespitzt“. Birgit Ebel: „Immer mehr Arme, die Eltern ohne Erwerbsarbeit, fehlende Deutschkenntnisse und so weiter. Wir galten als Ausländerschule. Die Anmeldezahlen sanken drastisch.“

Solche Probleme gebe es freilich nicht nur an ihrer ehemaligen Gesamtschule. Auch in anderen Bildungseinrichtungen komme es zunehmend zu „schlimmen Entgleisungen und völlig enthemmter Gewalt“ gegenüber Lehrkräften. „Ich erinnere an den Fall der Lehrerin in Ibbenbüren Anfang 2023.“

In der nordrhein-westfälischen Stadt erstach der 17-jährige Sinan Y. seine Berufsschullehrerin Sabine K. Zuvor hatte er wegen seines aggressiven Verhaltens einen Verweis erhalten. Die 55-jährige Lehrerin starb im Klassenraum. In der Untersuchungshaft beging der Täter später Suizid.

In ihrer eigenen Schule kam es laut Ebel schon zu einer Massenschlägerei zwischen etwa 20 Schülern, in die auch fünf Lehrer hineingerieten, weil sie schlichten wollten. In dem Tumult seien sie alle „zu Boden gegangen“, eine schwangere Kollegin habe „einen Schlag in den Magen bekommen“, berichtet Ebel. Polizei und Rettungswagen mussten anrücken. „Es war Wahnsinn. Auch das wurde gefilmt und stolz verbreitet!“

Die Lehrerin zählt weitere Gewalt-Vorfälle auf. So seien in einer Nacht 20 Fensterscheiben der Schule eingeschlagen und das Gebäude mit roter Farbe und obszönen Sprüchen besprüht worden. So sei die Mittelstufenleiterin als „Hure“ betitelt worden. Ein anderes Mal hätten Schüler im Flur ätzendes Pfefferspray versprüht. „Der Unterricht war lahmgelegt, was offenbar auch das Ziel der minderjährigen Täter war“, vermutet Ebel.

„Das waren durchweg Verlierer, überall gescheitert“

Ebel betont, die Gewalt würde keinesfalls von allen Schülern ausgehen. „Wir hatten – wie jede Schule – auch viele nette und freundliche Schüler.“ Es seien immer einzelne Täter oder Gruppen, die fortlaufend für Unruhe sorgten und durch offensive Verbreitung ihrer Taten im Internet den Ruf der Schule beschädigten. Sie machten einen geregelten, friedlichen Schulalltag unmöglich.

„Gerade die Gesamtschulen leiden unter einer verkorksten und segregierenden Schulpolitik. Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen können inzwischen problematische und leistungsschwache Kinder ab der siebten Klasse an Gesamtschulen abschieben“, kritisiert Ebel. „Man bürdet uns alles auf und forciert so den Brennpunktstatus der Schulform Gesamtschule.“

Beispielhaft schildert sie einen Vorfall aus dem Jahr 2018. Damals wechselten 28 Jungen und Mädchen aus anderen Schulen auf ihre damalige Gesamtschule. „Das waren durchweg Verlierer, überall gescheitert. Und dann kamen sie zu uns wie auf eine Resterampe.“

Es sei ihr bis dahin schlimmstes Jahr als Lehrerin gewesen, sie habe „nicht eine einzige normale Unterrichtsstunde“ halten können, schimpft Ebel. Der Großteil der 18 Jungen sei „total enthemmt“, die 10 Mädchen „sehr leistungsschwach“ gewesen. Die Atmosphäre in der Klasse – für die Lehrerin ein Albtraum.

„Die haben Sachen durch den Raum geworfen und mit Wasser rumgespritzt. Die Schüler saßen auf den Fensterbänken oder sind einfach rumgelaufen. Einmal haben sie mir die Tür vor den Kopf geknallt, ein anderes Mal einen Stuhl auf den Fuß geworfen.“

Auf einer Klassenfahrt seien vier der neuen Jungs „völlig ausgetickt“, erzählt die Lehrerin. „Einer war tschetschenisch, einer türkisch, einer kurdisch, einer russischstämmig.“ Auf einem Parkplatz im Zielort hätten sie andere Kinder überfallen und die Herausgabe von Handys erpresst. Sie gingen in ein Waffengeschäft und drangen in Dusch- und Schlafräume der Mädchen ein. „Die mitgeführten Lehrer konnten die Jungs kaum im Zaum halten“, erzählt Ebel.

„Einer drohte mir und einem Kollegen mit seinem Bruder. Der sei bei einer Securityfirma und würde uns verprügeln!“ Dieser Bruder gehörte „offenkundig zur lokalen Salafistenszene rund um einen vom Verfassungsschutz beobachteten tschetschenischen Gefährder“, so Ebel.

„Die Täter verhöhnen uns. Man fühlt sich ohnmächtig“
Bedrohungen, Racheaktionen (einmal zerkratzen Schüler ihr Auto), Einschüchterungsversuche, Beleidigungen – all das habe sie schon hinter sich, sagt Ebel. Wenn sie die Vorfälle der Schulleitung meldete oder polizeilich anzeigte, sei dies in der Regel folgenlos geblieben.

„Wir haben innerschulisch zu wenig Sanktionsmöglichkeiten. Oft werden keine Strafen ausgesprochen, sondern die Verfahren eingestellt. Die Gerichte sind heillos überlastet“, kritisiert Birgit Ebel. „Die Täter verhöhnen uns. Man fühlt sich ohnmächtig.“

Man sei praktisch gezwungen, die katastrophalen Zustände „mehr oder weniger hinzunehmen“. Dass Lehrer intern aufbegehren oder öffentlich Alarm schlagen, sei die Ausnahme, so Ebel.

Viele Pädagogen befürchteten, dass ihre Kritik an der zunehmenden Gewalt und den oft überforderten Schulleitungen am Ende auf sie selbst zurückfällt. „Niemand will als Überbringer der schlechten Nachricht dastehen und als Nestbeschmutzer gelten“, so Ebel. „Keiner möchte berufliche Nachteile erleiden. Angesichts der zunehmenden Messergewalt und der immer aggressiveren Stimmung in Schulen herrscht bei vielen riesige Angst.“

Sie selbst würde Konflikte nicht scheuen, obwohl sie wisse, dass sie sich bei ihren Vorgesetzten und übergeordneten Behörden „permanent unbeliebt“ macht. „Natürlich wollen die Schulen nicht in einem schlechten Licht erscheinen und reagieren sehr empfindlich, wenn jemand die Gewaltprobleme offen anspricht. Aber das Schweigen nutzt doch nur den Tätern“, weiß Ebel.

„Eltern störender und leistungsunwilliger Kinder erfinden haltlose Vorwürfe und beschweren sich über Lehrkräfte, um sie schachmatt zu setzen.“ Ein Zweizeiler genüge, und schon müsse man sich schriftlich rechtfertigen. Sie selbst habe sich bereits mit der Hilfe von Rechtsanwälten gegen solche Anwürfe wehren müssen. „Nie hat sich eine Beschwerde bestätigt.“

Kritische Lehrerin: „Man will uns offenbar mundtot machen“
„Man will uns maßregeln und offenbar mundtot machen“, klagt Ebel. Lehrer, die Defizite offen ansprechen und anprangern, bekämen dann Vorwürfe zu hören wie: „Sie machen das Kollegium schlecht, Sie machen die Schule schlecht, Sie machen die Schulleitung schlecht, Sie schaden dem Ruf der Schule, Sie sind das Problem für die Schule, Sie gefährden den Schulfrieden.“

Doch Ebel will sich dem Druck nicht beugen. „Ich bin eine starke Persönlichkeit und ich lasse mich nicht unterkriegen.“ Unter Lehrkräften würde sie viel Zustimmung erfahren, aber nur hinter vorgehaltener Hand. „Viele sagen mir: Wie hältst Du das bloß aus? Ich könnte das nicht ertragen, ich würde verrückt werden.“

Birgit Ebel sorgt sich ernsthaft um den Bildungsstandort Deutschland. Die Ergebnisse der letzten Pisa-Studien zeigten, dass es immer weiter bergab gehe. „Da haben wir unheimlich viel verloren, das lässt sich so schnell nicht wieder aufholen“, glaubt sie. Die zunehmende Leistungsschwäche vieler Schüler sei mindestens so alarmierend wie die steigende Zahl der Gewalttaten.

Auch wenn etliche Problemschulen verzweifelt versuchen, sich gegen den Negativ-Trend zu stemmen und ihre Sozialarbeit, Präventionsprojekte sowie psychologische Beratungsangebote ausbauen – insgesamt malt Birgit Ebel ein eher düsteres Bild. „Wir bräuchten mehr Personal, das bekommen wir aber nicht, wir bräuchten mehr Sozialarbeiterinnen, aber der Markt ist leergefegt.“

Aus ihrer Sicht müsste insbesondere in einem Punkt schnell gehandelt werden: „Ich bin dafür, dass an jeder Schule höchsten 35 Prozent migrantische Kinder sein dürfen.“ Gerade im Blick „auf gewaltgeneigte Schüler hätten wir dann eine völlig andere Situation. Für die deutsche Schullandschaft wäre das wohl eine Revolution.“

Es könne nicht sein, dass an einer Schule fünf Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund haben, „an anderen Schulen 80 oder 90 Prozent“. Ebel: „Das ganze System fällt uns auf die Füße.“

Deutlich werde das an den vielen Lehrern, die ihren Beruf hinschmeißen, meist aus Frust und Verärgerung. Tatsächlich haben 2023 allein in Nordrhein-Westfalen 930 Lehrerinnen und Lehrer gekündigt, ein Drittel von ihnen unter 40 Jahre. Im Jahr zuvor wurden knapp 800 „Dienstaustritte“ gezählt, 2013 waren es nur 299. In Zeiten von Lehrermangel – in NRW fehlen aktuell rund 7000 Lehrkräfte – und Bildungsnotstand lassen solche Zahlen aufhorchen.

Außerdem macht sich Lehrerin Birgit Ebel für ein generelles Smartphone-Verbot an deutschen Schulen stark, sowohl während des Unterrichts als auch in den Pausen.

„Die Schüler filmen mittlerweile alles. Alle Gewalttaten, alle Frechheiten, all ihre Zerstörungen.“ In den Pausen würden sich Schüler auf den Toiletten gegenseitig demütigen. „Da muss einer dem anderen die Füße küssen, es werden Leute zusammengeschlagen und schikaniert.“ Und immer zückt jemand sein Handy, filmt und stellt die Szenen ins Internet.

„Solche Vorfälle rufen Racheaktionen hervor und halten die Gewaltspirale am Laufen“, warnt Ebel. „Das gefährdet den Schulfrieden – aber doch nicht die Lehrkraft, die so etwas problematisiert!“

Die Lehrerin, die nach eigener Aussage seit mehr als 20 Jahren „kritisches Mitglied“ der Grünen ist und als Wissenschaftlerin zehn Jahre in öffentlichen Bildungsnetzwerken angestellt war, hat weitere Forderungen. So sollte es an Schulen Messerkontrollen und einen verstärkten Einsatz von Sicherheitskräften geben.

„Ohne solche Maßnahmen“, fürchtet Ebel, „werden wir die Lage nicht entschärfen können und irgendwann ein bitterböses Erwachen erleben“.

Mit ihrer Einschätzung steht die Pädagogin aus NRW nicht allein da.

Fast jede zweite Lehrkraft (47 Prozent) in Deutschland sieht an der eigenen Schule psychische oder physische Gewalt unter Schülern in problematischem Ausmaß. In sogenannten Brennpunkt-Schulen sind es sogar 69 Prozent! Das geht aus einer kürzlich veröffentlichten Umfrage der Robert Bosch Stiftung unter 1608 Lehrkräften hervor.

Die Befragung zeigte außerdem, dass Gewalt an der eigenen Schule sowie eine hohe Anzahl von Schülern mit geringen Deutsch-Kenntnissen das Burnout- und Stressrisiko von Lehrkräften und

Schulleitungen deutlich erhöht. 36 Prozent gaben an, mehrmals pro Woche „emotional erschöpft“ zu sein, jeder Zehnte (12 Prozent) sogar täglich.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/krieg-in-nahost-israel-soll-eine-kommandozentrale-der-hisbollah-in-einer-moschee-getroffen-haben/ar-AA1ryg3r?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=393d9ee1f8634d899221fcc16fd0ce4d&ei=73>

Krieg in Nahost: Israel soll eine Kommandozentrale der Hisbollah in einer Moschee getroffen haben

Artikel von Alle Entwicklungen im Liveblog

Von dort aus habe die Terrororganisation Angriffe geplant. Auch im Nordwesten, in einem Flüchtlingslager nahe Tripoli, griff die israelische Armee an. Am 7. Oktober jährt sich der Hamas-Überfall auf Israel.

Israel soll eine Kommandozentrale der Hisbollah in einer Moschee getroffen haben

Viele Angaben stammen von Konfliktparteien und lassen sich teilweise nicht unabhängig überprüfen.

Für unseren Liveblog verwenden wir neben eigenen Recherchen Material der Nachrichtenagenturen dpa, Reuters, epd, KNA und Bloomberg.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/steigende-terror-sympathien-in-deutschland-bereiten-sorge/ar-AA1rHIVr?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=393d9ee1f8634d899221fcc16fd0ce4d&ei=47>

Experten schlagen Alarm wegen der wachsenden Unterstützung für Terrorismus in Deutschland. Hunderttausende Menschen sympathisieren mit den Aktionen der Hamas und der Hisbollah und unterstützen Angriffe auf Israel. Dieses Phänomen verursacht ernsthafte Besorgnis über die Zukunft der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, wie sich aus den Feststellungen der Zeitung "Bild" ergibt, die auf Interviews mit Forschern basieren.

Die Zahl der Personen, die den islamistischen Terrorismus unterstützen und den Aktionen der Hamas sowie der Hisbollah in Deutschland Sympathie entgegenbringen, könnte Hunderttausende erreichen. Experten, die von der Zeitung "Bild" zitiert werden, heben hervor, dass dieser alarmierende Trend besonders angesichts der aktuellen Spannungen im Nahen Osten deutlich wird.

An einem kürzlichen Marsch in Berlin organisiert im Stadtteil Neukölln, nahmen Hunderte Israelgegner teil, die den Raketenbeschuss auf den jüdischen Staat feierten, was zusätzliche Bedenken hinsichtlich einer weiteren Radikalisierung der Gesellschaft aufwarf. Experten schlagen Alarm

Prof. Susanne Schroeter, Spezialistin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, betonte im Gespräch mit "Bild", dass die Zahl der Terrorismus-Sympathisanten in Deutschland schockierend hoch ist und warnte vor dem Einfluss sozialer Medien auf die Entwicklung dieses Phänomens.

Experten schlagen Alarm

Prof. Susanne Schroeter, Spezialistin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, betonte im Gespräch mit "Bild", dass die Zahl der Terrorismus-Sympathisanten in Deutschland schockierend hoch ist und warnte vor dem Einfluss sozialer Medien auf die Entwicklung dieses Phänomens.

„Die Follower-Zahlen von Islamisten und Juden-Hassern in sozialen Medien offenbaren: Es gibt Hunderttausende solcher Terror-Unterstützer in Deutschland, die die Angriffe auf Israel bejubeln, Propaganda-Posts liken und teilen“, sagte die Forscherin.

Die Ethnologin fügte hinzu, dass einer der begünstigenden Faktoren für dieses Phänomen die Flüchtlingswelle war, die 2015 nach Deutschland kam. „Ein schwerer Fehler“, beurteilte Schroeter

und wies darauf hin, dass viele der neuen Ankömmlinge antisemitische Ansichten und extreme politische Haltungen mitbrachten.

Hunderttausende Sympathisanten des Terrorismus

Ähnlich äußert sich der Islamismus-Experte Ahmad Mansour zur Bedrohung. Seiner Meinung nach erreicht die Zahl der Terrorismus-Sympathisanten derzeit sechsstelligen Beträge.

https://www.focus.de/experts/geheimplaene-enthuehlt-hamas-wollte-israels-9-11_id_260391293.html

Gefundene Dokumente Geheimpläne enthüllt: Hamas wollte Israels „9/11“

FOCUS-online-Top-Experte Guy Katz

Über Professor Guy Katz

Israel-Experte Guy Katz

Guy Katz Israel-Experte Guy Katz

Guy Katz, deutsch-israelischer und jüdischer Professor für International Business Management an der Hochschule München, kam 2004 aus Israel nach Deutschland. Vor seiner akademischen Karriere arbeitete er als Nachrichtenspezialist in der israelischen Armee. Katz, der Enkel von vier Holocaustüberlebenden, ist verheiratet und hat zwei Söhne. Oft wird er als "Fliegender Professor" bezeichnet, da er leidenschaftlich gerne selbst fliegt und sogar Fluglehrer ist – eine Kombination, die seine Begeisterung für die Lehre an der Hochschule, in Unternehmen und beim Fliegen vereint.

Montag, 14.10.2024, 13:20

Neue in Gaza gefundene Dokumente enthüllen die schockierenden Pläne der Hamas: Ein Angriff auf Israel, vergleichbar mit dem 11. September, war geplant. Ziel: Wahrzeichen wie die Azrieli-Türme. Mit iranischer Unterstützung plante Hamas, Israel innerhalb von zwei Jahren zu zerstören. In neuen Enthüllungen des Washington Post und der New York Times wurden kürzlich Dokumente offengelegt, die die tödlichen Pläne von Hamas zeigen, die weit über die Attacken vom 7. Oktober hinausgingen. Diese Dokumente, die von den Israelischen Streitkräften (IDF) im Gazastreifen sichergestellt wurden, werfen ein beunruhigendes Licht auf die langfristigen Strategien der Terrororganisation.

Geplante Angriffe auf symbolträchtige Ziele in Israel

Einer der zentralen Punkte der Hamas-Pläne war die Zerstörung von Wahrzeichen im Großraum Tel Aviv, darunter der 68-stöckige Moshe Aviv Tower und der ikonische Azrieli-Komplex. Der Washington Post zufolge waren diese Angriffe auf Israels Infrastruktur und Wirtschaftszentren eine symbolische Wiederholung des 11. Septembers in New York. Im Hamas-Dokument heißt es: „Wenn dieser Turm fällt, wird der Feind eine beispiellose Krise erleben, ähnlich dem Sturz der Zwillingstürme in New York.“

Trotz der detaillierten Pläne war jedoch unklar, wie Hamas diese Angriffe umsetzen wollte. Viele der Ideen, wie die Zerstörung von Hochhäusern oder die Störung des israelischen Schienennetzes, schienen unpraktikabel. Sicherheitsexperten, die mit den Plänen vertraut sind, sagten gegenüber der New York Times, dass es zwar viele Skizzen und theoretische Überlegungen gab, aber nur wenige konkrete Schritte, um diese umzusetzen.

Unterstützung durch den Iran und die langfristige Strategie

Laut den Berichten der Washington Post und New York Times ging der Plan von Hamas jedoch weit über symbolische Zerstörung hinaus. 2021 wandte sich Hamas-Führer Yahya Sinwar an den obersten Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, mit der Bitte um finanzielle und militärische Unterstützung. In den Dokumenten ist von 500 Millionen US-Dollar die Rede, die Hamas zur

Verfügung gestellt werden sollten, um 12.000 neue Kämpfer auszubilden. Ziel war es, Israel innerhalb von zwei Jahren vollständig zu zerstören.

In einem dieser Briefe, die im Juni 2021 verschickt wurden, versicherte Sinwar, dass „keine Minute oder Dollar verschwendet wird“, solange die Unterstützung zur Zerstörung Israels beiträgt. Die genauen Details, wie dieses Ziel erreicht werden sollte, wurden im Brief nicht beschrieben.

Einblicke in die Pläne für die Attacke am 7. Oktober

Weitere Details wurden in Protokollen von zehn Treffen zwischen Sinwar und dem Hamas-Führungsgremium enthüllt, die in einem Hamas-Stützpunkt in Gaza von der IDF sichergestellt wurden. Diese Protokolle, die der New York Times vorliegen, zeigen, wie Hamas den Angriff vom 7. Oktober vorbereitete, der als „das große Projekt“ bezeichnet wurde.

Die Planung umfasste eine Vielzahl von Täuschungsmanövern, darunter die Anweisung, während des heiligen Monats Ramadan ruhig zu bleiben und sich nicht an Kämpfen neben dem Islamischen Dschihad zu beteiligen, um Israel in falscher Sicherheit zu wiegen.

Angriff auf israelische Infrastruktur

Ein praktischerer Teil der Hamas-Pläne war die Sabotage der israelischen Eisenbahn und anderer Infrastrukturen. Das Ziel war es, Züge mit explosiven Materialien zu beladen und an kritischen Stellen in Städten zur Explosion zu bringen. In den Dokumenten, die der Washington Post vorliegen, heißt es: „Die Bahnlinie ist ein Schwachpunkt. Ein gezielter Angriff könnte die Versorgung lahmlegen.“

Weitere Pläne umfassten den Einsatz von Fahrzeugen, die auf Bahngleisen fahren, und speziell umgerüsteten Fischerbooten, die Kämpfer und Sprengstoff in israelische Häfen bringen könnten.

Besonders auffällig war der Versuch, traditionelle Pferdekutschen wiederzubeleben, die in unwegsamem Gelände operieren sollten – eine Methode, die „modernisiert“ wurde, um leise und unauffällig zu operieren.

Fazit: Die enthüllten Pläne zeigen die langfristige und umfassende Strategie von Hamas, die weit über spontane Terrorakte hinausgeht. Die Tatsache, dass der Iran aktiv in die Finanzierung und Ausbildung involviert war, zeigt die internationale Dimension des Konflikts. Während viele der Pläne von Hamas aufgrund mangelnder praktischer Umsetzung scheiterten, bleibt das Ausmaß der Bedrohung durch diese Organisation für Israel und die Region alarmierend hoch.

https://www.focus.de/panorama/studie-zeigt-deutsche-schulen-haben-religioeses-mobbing-problem-gerade-mit-blick-auf-den-islam_id_260403226.html

Studie zeigt

Deutsche Schulen haben religiöses Mobbing-Problem – gerade mit Blick auf den Islam

Donnerstag, 17.10.2024, 19:03

Haben Schulen in Deutschland ein Problem mit religiöser Diskriminierung? Eine WDR-Recherche zu einer aktuellen Studie legt das nah - besonders mit Blick auf den Islam.

Eine Studie der Internationalen Hochschule Hannover bescheinigt deutschen Schulen ein religiöses Mobbing-Problem. „Aus den vorliegenden Daten geht klar hervor, dass die Befragten vielfältige religiös begründete Konflikte und teils islamistische Radikalisierungstendenzen in den Schulen identifizieren“, laute das Kernfazit der nicht repräsentativen Befragung, die dem WDR-Newsroom nach eigener Aussage exklusiv vorliegt (Donnerstag). Laut WDR nimmt über ein Drittel der 700 befragten Beschäftigten an Schulen religiöse Konflikte unter Schülern wahr.

Studie: Deutsche Schulen haben religiöses Mobbing-Problem

Ein Ergebnis der Studie „Religiös begründete Konflikte in der Schule - Chancen und Herausforderungen der Prävention und Demokratieförderung“ legt nah, dass es besonders rund um den Islam zu Konflikten kommt. So hätten befragte Lehrer und Sozialarbeiter etwa Schüler beobachtet, die anderen ihren Glauben aufzwingen wollten oder andere Heranwachsende ausgrenzten, weil sie nicht fasteten. Zudem würden judenfeindliche Handlungen wahrgenommen.

Dem Sender zufolge erlebt mehr als jeder vierte Befragte islamistische Einstellungen unter den Schülern. Diese tolerierten Gewalt gegen Andersgläubige und Frauen oder sympathisierten mit extremistischen Gruppen. Es handle sich dabei um persönliche Einschätzungen der Befragten, nicht um dokumentierte Fälle. Die Studie zeige zudem auf, dass oft vorschnell von Islamismus gesprochen werde, wenn muslimische Schüler sich ablehnend verhielten.

Die Studie wurde den Angaben zufolge vom Bundesbildungsministerium in der Förderlinie „Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa“ mitfinanziert. Der WDR veröffentlichte einen ersten Beitrag zu der Befragung über das Format „Die andere Frage“ auf dem Videoportal YouTube.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/israel-meldet-hisbollah-bunker-im-libanon-mit-gold-und-bargeld-im-wert-von-500-millionen-dollar/ar-AA1sFowi?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=4bf5e935bd334971a0874057acf3272d&ei=15>

Israel meldet Hisbollah-Bunker im Libanon mit Gold und Bargeld im Wert von 500 Millionen Dollar
»Dieses Geld hätte für den Wiederaufbau des Libanon verwendet werden können«: Die israelische Armee will bei Angriffen auf die Finanzstruktur der Hisbollah einen Bunker voller Gold und Bargeld entdeckt haben.

Bei Angriffen auf die Finanzstruktur der Hisbollah im Libanon hat Israel nach eigenen Angaben auch einen Bunker ausfindig gemacht, in dem Bargeld und Gold im Wert von mehr als 500 Millionen Dollar lagert. »Eines unserer Hauptziele der vergangenen Nacht war ein unterirdischer Tresor mit Millionen von Dollar in Bargeld und Gold«, sagte der israelische Armeesprecher Daniel Hagari während einer Pressekonferenz.

Der Bunker sei unter einem Krankenhaus in Beirut gewesen. »Dieses Geld hätte für den Wiederaufbau des Libanon verwendet werden können, aber es wurde für den Wiederaufbau der Hisbollah verwendet«, sagte Hagari laut der »Times of Israel«.

Die israelische Armee hatte seit der Nacht zu Montag verstärkt das Finanzsystem der Hisbollah-Miliz ins Visier genommen und dazu gehörende Büros aus der Luft angegriffen. Innerhalb von 24 Stunden wurden Armeeingaben zufolge rund 300 Ziele der Miliz angegriffen. Laut Armeechef Herzi Halevi wurden 30 Ziele der Finanzfirma Al-Qard Al-Hasan getroffen, die mit der Hisbollah in Verbindung steht.

Die USA, Israel und Saudi-Arabien sehen Al-Qard Al-Hasan als Finanzarm der Hisbollah. Al-Qard Al-Hasan steht seit 2007 auf der Sanktionsliste des US-Finanzministeriums. Zugleich vergibt das Finanzinstitut Kredite an einfache Bürger im Libanon.

Am Montagabend kündigte die israelische Armee an, in den »kommenden Stunden« weitere Ziele der Hisbollah in der libanesischen Hauptstadt Beirut und anderen Landesteilen ins Visier nehmen zu wollen.

Die israelischen Angriffe im Libanon haben den Vereinten Nationen zufolge immer »schwerwiegendere Auswirkungen auf zivile Infrastrukturen und die Zivilbevölkerung«. Gesundheitseinrichtungen, Moscheen, historische Märkte, Wohnkomplexe und nun auch Regierungsgebäude würden in Schutt und Asche gelegt, hieß es in einer Erklärung des UN-Nothilfebüros Ocha.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/ermordung-von-samuel-paty-sind-die-hater-handlanger-des-attent%C3%A4ters/ar-AA1tuan6?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=8e7c7713c5d14871ad387eb87be96ceb&ei=21>

Ermordung von Samuel Paty: Sind die Hater Handlanger des Attentäters?

Artikel von Von Oliver Meiler, Paris

Ein Islamist, aufgestachelt von Hetze im Netz, tötete 2020 den Lehrer Samuel Paty in Frankreich. Nun läuft in Paris der Prozess gegen seine mutmaßlichen Helfer. Im Zentrum stehen zwei Männer, die Falschmeldungen verbreiteten.

Sind die Hater Handlanger des Attentäters?

Kann Hetze im Netz schon Beihilfe zum Terrorismus sein? Und lässt sich das in einem Gericht beweisen? In Paris hat der Prozess gegen acht Personen begonnen, die aus Sicht der Ermittler dazu beigetragen haben, dass der französische Geschichts- und Geografielehrer Samuel Paty getötet wurde. Von einem jungen Islamisten, einem russischen Flüchtling aus Tschetschenien, am 16. Oktober 2020 in Conflans-Sainte-Honorine bei Paris. Samuel Paty war 47.

Der Fall erschütterte das Land damals, er tut es noch immer. Der Name des Lehrers brannte sich in das kollektive Gedächtnis der Franzosen ein.

Von den acht Angeklagten stehen zwei im Fokus: Brahim Chnina, 52 Jahre alt, Vater einer Schülerin von Samuel Paty. Und Abdelhakim Sefrioui, 65, eine charismatische Figur der radikal islamistischen Szene. Die Pariser Staatsanwaltschaft nennt die beiden ein „infernalisches Duo“. Seit jenem Herbst 2020 sitzen sie in Haft, in Erwartung des Prozesses. Sollte das Gericht zu der Erkenntnis gelangen, dass sie mit ihrer Kampagne gegen Paty in den sozialen Medien den Terroristen zu seiner Tat veranlasst haben, drohen ihnen im Höchstfall Haftstrafen von 30 Jahren – für die „Bildung einer kriminellen terroristischen Vereinigung“.

In Patys Unterricht ging es um Fragen der Meinungsfreiheit

Es ist die Geschichte einer tödlichen Spirale, sie dauerte zwei Wochen. Am 6. Oktober 2020 nimmt Samuel Paty in einer 4. Klasse des Collège du Bois d'Aulne ein Thema durch, das zum Lehrplan gehört und das er schon oft behandelt hat: „Être ou ne pas être Charlie? – Charlie sein oder nicht?“ Die Formulierung fußt auf der solidarischen Losung mit dem Hashtag „#JeSuisCharlie“ (Ich bin Charlie), die nach dem islamistischen Attentat auf die Redaktion im Januar 2015 über Frankreichs Grenzen hinaus die Runde machte. Aber kann man auch nicht Charlie sein? Patys Schülerinnen und Schüler sollen ein Dilemma diskutieren: Gehen Karikaturen wie die des Propheten Mohammed in der Satirezeitung Charlie Hebdo zu weit, weil sie die Gefühle der Muslime verletzen – oder gilt dafür die Meinungsfreiheit?

Bevor Paty eine der Karikaturen zeigt, bietet er jenen muslimischen Schülern, die das wünschen, die Möglichkeit an, den Blick ein paar Sekunden abzuwenden oder den Klassenraum kurz zu verlassen, was einige auch tun. Doch schon bald bekommt der Vorgang eine neue Dynamik. Eine Schülerin, 13 Jahre alt, erzählt zu Hause, Paty habe sie und alle muslimischen Mitschüler aus dem Klassenzimmer ausgeschlossen. Das ist, wie sich später erweisen soll, eine doppelte Lüge: Das Mädchen war in der Unterrichtsstunde gar nicht anwesend.

Der Vater des Mädchens, Brahim Chnina, ist empört. Auf Facebook postet er die Version seiner Tochter, bezeichnet den Lehrer als „voyou“ (Gauner) und nennt den Namen der Schule, die Adresse, den Namen des Lehrers. Die Angaben bleiben nur eineinhalb Stunden im Netz, dann löscht er sie. Doch da ist es schon zu spät. Samuel Paty ist jetzt eine Zielscheibe. Und die Schule erreichen Anrufe aus der ganzen Welt, darunter auch Drohungen.

Die Hetze gegen Paty im Netz wurde immer heftiger

Nach zwei Tagen kontaktiert der Islamist Abdelhakim Sefrioui den Vater des Mädchens und bestärkt ihn in seiner Empörung. Sefrioui dreht ein Video für Youtube, zehn Minuten, interviewt darin Vater und Tochter, die wiederholen ihre Vorwürfe. Der Film trägt den Titel: „In einem staatlichen Gymnasium werden der Islam und der Prophet beschimpft.“ Zehntausende schauen sich ihn an.

Die Kampagne gegen Samuel Paty wird immer heftiger, auch auf anderen sozialen Medien, die falsche Erzählung ist nicht mehr zu stoppen. Ein 18-jähriger Tschetschene aus Évreux, der sich erst im Sommer im Netz radikalisiert hat, wird auf die Geschichte aufmerksam. In den sozialen Medien schreibt er: „Ihr werdet sehen, bald kommt der Tag, dass man von mir redet.“ Er setzt sich mit Brahim Chnina in Kontakt, sie telefonieren mehrmals. Der junge Mann will Dinge über Paty erfahren, er kennt den Lehrer nicht.

Am 16. Oktober fährt er nach Conflans-Sainte-Honorine, mit einem Messer. Er bietet einer Gruppe von Schülern Geld an, wenn sie ihm sagen, wer Samuel Paty ist. 300 oder 350 Euro. Drei sind bereit. Dann folgt er Paty auf seinem Heimweg. Es ist kurz vor 17 Uhr, der letzte Tag vor den Herbstferien. Er tötet Samuel Paty auf offener Straße und postet ein vorbereitetes Bekennerschreiben: „Ich habe einen deiner Hunde aus der Hölle exekutiert, der Mohammed erniedrigt hat. Es ist Monsieur Paty“. Zehn Minuten später ist auch der Attentäter tot, erschossen von der Polizei.

Der Prozess soll sieben Wochen dauern

Vor Gericht stehen jetzt zwei Freunde des Attentäters. Sie waren dabei, als er das Messer kaufte, einer von ihnen fuhr ihn von Évreux nach Conflans-Sainte-Honorine. Außerdem angeklagt sind vier Personen, mit denen der Täter während seiner Radikalisierung Kontakt hatte. Und eben das „Duo infernal“: Sind die beiden Handlanger des Terroristen, weil sie ein falsches Gerücht in Umlauf brachten, weil sie in den sozialen Medien gegen Samuel Paty hetzten, weil sie ein Klima des Hasses geschürt haben?

Beide wehren sich gegen den Vorwurf. Der Vater der Schülerin sagt, er habe nur Patys Rauswurf erzwingen wollen, eine disziplinarische Strafe. Mit dem Attentäter habe er nie über dessen Pläne gesprochen. Der Islamist Sefrioui sagt, die Ermittlung habe gezeigt, dass der Attentäter sich sein Video auf Youtube nie angeschaut habe, darum könne er nicht verantwortlich gemacht werden. Der Prozess soll sieben Wochen dauern. Er findet in demselben Saal statt, in dem auch die Terroranschläge auf die Konzerthalle Bataclan, die Straßencafés und das Stade de France im Herbst 2015 verhandelt wurden.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mord-an-samuel-paty-angst-vor-islamischen-eiferern/ar-AA1tSloC?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=071380299974467cb7023e885653128e&ei=24>

AA1tSloC?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=071380299974467cb7023e885653128e&ei=24

Mord an Samuel Paty: Angst vor islamischen Eiferern

Artikel von Michaela Wiegel

Das islamistische Attentat auf den Lehrer Samuel Paty bildet den dramatischen Höhepunkt eines Kulturkampfes, der ganz Europa betrifft. Der militante Islamismus hat dem Bildungsideal der offenen Gesellschaft den Krieg erklärt. Vor einem Schwurgericht in Paris wird derzeit die Verantwortung derjenigen untersucht, die dem radikalisierten Mörder Patys halfen, sei es durch Hetzkampagnen in den sozialen Netzwerken oder durch Fahrdienste und Waffenbeschaffung. Paty wurde das tragische Opfer einer Hetzjagd im Netz, die Islamisten auf ihn eröffneten. Sie hielten ihm wahrheitswidrig vor, den Propheten beleidigt und Muslime diskriminiert zu haben, ohne dass der Lehrer entschieden von Vorgesetzten, Kollegen und Schülern verteidigt wurde. Die

Institution Schule wurde von der Wucht der virtuellen Hetze überrollt und zeigte sich unfähig, ihn zu schützen. Paty hatte seiner Klasse als Anschauungsmaterial zum Thema Meinungs- und Religionsfreiheit die Mohammed-Karikaturen aus der Wochenzeitung „Charlie Hebdo“ gezeigt und mit ihr darüber diskutiert. Die Redaktion von „Charlie Hebdo“ war 2015 Opfer eines Terroranschlags mit zwölf Toten geworden, nachdem sie die Mohammed-Karikaturen abgedruckt hatte.

Doch so wichtig die gerichtliche Aufarbeitung jetzt ist, sie wird nicht reichen, um das öffentliche Schulwesen gegen die fortbestehende Herausforderung zu wappnen. Die Mission der Schule, mündige Bürger heranzubilden, die zu einer kritischen Auseinandersetzung mit religiösen Geboten und kulturellen Gepflogenheiten fähig sind, wird allerorten infrage gestellt. Der Angriff geht von einer muslimischen Minderheit aus, die Grundsätze der freiheitlichen Ordnung wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und Respekt für andere Religionen ablehnt. In Frankreich wird der Kulturkampf heftiger als anderswo ausgetragen. Das liegt daran, dass die Ideale der europäischen Aufklärung im öffentlichen Schulwesen hochgehalten werden und die Trennung von Religion und Staat besonders strikt ist. Kinder und Jugendliche dürfen nicht mit religiösen Kleidungsstücken in den Unterricht kommen. Das gilt auch für das muslimische Kopftuch. Die Bevölkerung aus dem muslimischen Kulturkreis konzentriert sich zudem in bestimmten Wohn- und Schulbezirken, was die Einflussmöglichkeiten islamischer Eiferer vergrößert. Der Trend zu einem Allmachtsanspruch eines konservativen, teils radikalen Islams lässt sich überall in Europa beobachten.

In Frankreich wurden die Zustände an den Schulen lange beschwiegen. Die Flucht jüdischer Schüler aus den öffentlichen Einrichtungen, an denen sie antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt sind, wurde aus Angst vor Skandalen hingenommen. Inzwischen ist der Verdrängungsprozess abgeschlossen. Jüdische Kinder besuchen entweder jüdische Privatschulen oder sind in Viertel mit einem geringen muslimischen Anteil übersiedelt. Ein 2004 erschienenes Buch über die „verlorenen Territorien der Republik“ wurde als Panikmache abgetan, die der extremen Rechten in die Hände spielte. Dabei schilderten die Autoren darin bereits, was heute zum Alltag gehört. Pädagogen wägen sorgfältig ab, welche Unterrichtsthemen sie behandeln und wie sie auf Vorwürfe reagieren. Die Angst hat die Lehrer seit der Enthauptung Patys nicht mehr verlassen, zumal 2023 ein weiterer Lehrer von einem radikalisierten Islamisten ermordet wurde. Der Druck wird durch islamistische Influencer in den sozialen Netzwerken verstärkt. Erst kürzlich hat der Rektor eines Pariser Gymnasiums seinen Posten aufgegeben, weil er nach einer Maßregelung einer muslimischen Schülerin Morddrohungen islamistischer Gruppen erhielt. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop unter muslimischen Schülern hat ergeben, dass 50 Prozent es als ihr Recht ansehen, Schulstoff zu boykottieren, der ihre religiösen Gefühle verletzt. 25 Prozent gaben an, es sei in Ordnung, aus religiösen Gründen Homosexuelle und Frauen zu diskriminieren. Einer ernsthaften Debatte darüber wird ausgewichen. Der frankoalgerische Intellektuelle Kamel Daoub merkte an, Frankreichs Umgang mit dem Islamismus erinnere ihn an Algerien vor dem Bürgerkrieg: „dieselben Kompromittierungen, dieselbe Verblendung, dieselben unwissenden Handlanger“.

Das Schulwesen hat auf den Mord an Paty reagiert. Es gibt klare Anweisungen, wie Vorfälle zu melden sind. Durch den verbesserten Informationsaustausch mit Polizei und Justiz können bedrohliche Inhalte in den sozialen Netzwerken schneller entfernt werden. Aber es bleibt falsch verstandene Toleranz, wenn Lehrer hinnehmen, dass muslimische Schüler ihre religiöse Identität über alles andere stellen und die offene Gesellschaft ablehnen.

<https://de.gatestoneinstitute.org/21111/voelkermord-nigeria-christen>

"Reinster Völkermord" In Nigeria abgeschlachtete Christen und die große Vertuschung durch die Presse

von [Raymond Ibrahim](#)

10. November 2024

Englischer Originaltext:

['Pure Genocide': Christians Slaughtered in Nigeria and the Great Press Cover-Up](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

Allein in den vier Jahren zwischen 2019 und 2023 haben muslimische Militante in Nigeria 16.769 Christen abgeschlachtete. Für die Mainstream-Medien und Politiker spielen die von Muslimen ausgelöschten christlichen Leben offenbar keine Rolle. Im Bild: Das Gebäude der Kirche Christi in den Nationen in Mangu, Nigeria, fotografiert am 2. Februar 2024, nachdem es von islamischen Terroristen in Brand gesteckt wurde. (Foto von Kola Sulaimon/AFP via Getty Images)

Der "[reinste Völkermord](#)" an Christen in Nigeria, wie ihn mehrere [internationale Beobachter](#) charakterisiert haben, erreicht laut zwei separaten Berichten beispiellose Ausmaße. "Dem Mythos der religiösen Gleichgültigkeit im nigerianischen Terror entgegentreten (10/2019 – 9/2023)", ein umfassender, 136 Seiten starker [Bericht](#), der am 29. August 2024 von der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika veröffentlicht wurde, stellte fest, dass muslimische Militante allein in den vier Jahren zwischen 2019 und 2023 16.769 Christen abgeschlachtete haben. Das entspricht durchschnittlich 4.192 getöteten Christen pro Jahr – oder einem Christen, der alle zwei Stunden wegen seines Glaubens ermordet wird.

Mehr als die Hälfte dieser Morde (55 %) wurde von radikalisierten muslimischen Fulani-Hirten begangen, die im letzten Jahrzehnt zu größeren Verfolgern der Christen geworden sind als international bekanntere Terrorgruppen wie Boko Haram und Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) – obwohl auch der ISWAP seinen Anteil am Völkermord hat: Die Fulani [töteten](#) zwischen 2019 und 2023 9.153 Christen; alle anderen Terrorgruppen töteten 4.895.

Der zweite [Bericht](#), "KEIN WEG NACH HAUSE: Durch extremistische Gewalt in Nigeria vertriebene christliche Binnenflüchtlinge", der am 1. September 2024 von Open Doors veröffentlicht wurde, stellt fest, dass die Verfolgung, das Abschachten und die Vertreibung von Christen in Nigeria "unerbittlich" und "eine Zeitbombe" seien. Weil "militante Fulani-Gruppen gezielt Christen oder christliche Gemeinschaften, ihren Lebensunterhalt, religiöse Führer und Gotteshäuser ins Visier genommen haben", werden Christen in Nigeria zu einer "gefährdeten Art", wo sie einst mehr als die Hälfte der Bevölkerung des westafrikanischen Landes ausmachten (die andere Hälfte waren Muslime).

Die Gewalt habe einen Punkt erreicht, heißt es in dem [Bericht](#), dass viele traumatisierte christliche Kinder auf Bäumen schlafen, um zu versuchen, nicht nachts abgeschlachtete zu werden, wenn die Fulani am häufigsten attackieren. "Meine Kinder", wird ein Elternteil [zitiert](#), "geraten jedes Mal, wenn sie etwas hören, in Panik oder verstecken sich, weil es das Trauma auslöst. Der Terror der Angriffe hat nicht aufgehört, sondern eher zugenommen."

Allein im letzten Jahrzehnt hat sich die Zahl der Menschen, die durch die von den islamischen Gruppen verursachten Verwüstungen und das Chaos vertrieben wurden, verdreifacht: 2014 gab es in Nigeria 1,1 Millionen Binnenvertriebene (Internally Displaced Persons, IDPs), 2023 sind es 3,4 Millionen.

Einer dieser Vertriebenen, der christliche Pastor Benjamin Barnabas, der seit fünf Jahren in einem winzigen Zelt lebt, [erzählte](#) seine Geschichte. Er und seine Familie arbeiteten auf ihrer Farm, als Fulani-Milizen "mit Gewehren, Macheten und Stöcken kamen" und den Pastor und seine Familie verprügelten:

"Wir haben alles verloren, was wir besaßen. Alles in meinem Haus und in meinem Dorf wurde niedergebrannt, ich hatte nichts mehr ... Wir wurden aufgrund der Gewalt vertrieben. Die Nachrichten kümmern sich nicht darum, wir bleiben im Dunkeln – wir werden vergessen, wir werden nicht beachtet."

Dass den Medien die Notlage der Christen gleichgültig ist oder noch schlimmer – und dass sie die Identität ihrer Peiniger verschleiern – wurde von der Beobachtungsstelle [betont](#):

"Seit über einem Jahrzehnt werden Gräueltaten an Zivilisten in Nigeria heruntergespielt oder verharmlost. Dies hat sich als großes Hindernis für diejenigen erwiesen, die die Gewalt verstehen wollen. Irreführende Euphemismen wie 'bewaffnete Hirten' und 'Viehweider' werden verwendet, um die ständigen Wellen von Invasionen, Folter und Mord in ländlichen Gemeinden zu beschreiben. Beschreibungen von Angriffen als 'ethnische Zusammenstöße', 'Zusammenstöße zwischen Bauern und Hirten' oder Vergeltungsangriffe sind ernsthaft irreführend. Die Verwendung des Begriffs 'Banditen' zur Bezeichnung von Milizen, die Massenentführungen durchführen und Gemeinden Leibeigenschaft auferlegen, ist ein weiteres Beispiel. Und eine Politik der Verschleierung der religiösen [christlichen] Identität der Opfer dient ebenfalls dazu, das wahre Bild zu verzerren."

Hinter all diesen irreführenden Euphemismen bleiben die Fakten: Die Mörder sind Muslime und ihre Opfer überwiegend Christen. Obwohl sich der Bericht der Beobachtungsstelle hauptsächlich auf die Verzerrung der Ereignisse durch die nigerianischen Medien konzentriert, weigern sich auch die westlichen Mainstream-Medien strikt, die offensichtlichsten, grundlegendsten Identifizierungsmerkmale sowohl der Angreifer (Muslime) als auch der Angegriffenen (Christen) zu verwenden.

Als muslimische Terroristen letztes Weihnachtsfest fast 200 Christen abschlachteten, versäumte es die [Associated Press](#), die Identität der Angreifer und ihrer Opfer zu erwähnen. Stattdessen stellte sie die Gräueltat, wie [so viele es heute tun](#), als bedauerliches Nebenprodukt des Klimawandels dar – der angeblich "Hirten" (Muslime) dazu zwingt, Übergriffe auf das Land der "Bauern" (Christen) auszuführen.

In einem anderen AP-[Bericht](#) über den Bombenanschlag auf die Kirche am Pfingstsonntag 2022, bei dem 50 christliche Gläubige ums Leben kamen, tauchen die Wörter "Muslim" und "Islam" – noch nicht einmal "Islamist" – an keinem Ort auf. Den Lesern wurde vielmehr mitgeteilt: "Es war nicht sofort klar, wer hinter dem Anschlag auf die Kirche steckt." Um diese Mehrdeutigkeit aufrechtzuerhalten, versäumte es die AP zu erwähnen, dass islamische Terroristen im Laufe der Jahre in Nigeria Hunderte Kirchen gestürmt und Tausende Christen "[als Sport](#)" abgeschlachtet haben – eine Tatsache, die möglicherweise einen Hinweis darauf gegeben hätte, "wer hinter dem Anschlag steckt".

Oder denken Sie an die [Worte](#) von Präsident Barack Obamas damaligem stellvertretenden Außenminister für afrikanische Angelegenheiten, Johnnie Carson, nachdem muslimische Terroristen am Ostersonntag 2012 50 christliche Kirchenbesucher abgeschlachtet hatten: "Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt hervorzuheben, nämlich dass die extremistische Gewalt [in Nigeria] nicht von Religion angetrieben wird."

Stattdessen sind es "Ungleichheit" und "Armut" – um den ehemaligen US-Präsidenten William J. Clinton zu [zitieren](#) –, "die all diese Dinge anheizen" (wobei "diese Dinge" der muslimische Völkermord an Christen sind).

Vor Ort in Nigeria erkennen die meisten Christen diese anhaltenden Angriffe als das, was sie sind. Die Nonne Schwester Monica Chikwe [bemerkte](#) einmal:

"Es ist schwer, den nigerianischen Christen erklären zu wollen, dass dies kein religiöser Konflikt sei, da sie Fulani-Kämpfer sehen, die ganz in Schwarz gekleidet sind [wie ISIS], 'Allahu Akbar!' rufen und 'Tod den Christen' schreien."

Die jüngsten Berichte enthalten auch Zitate und Anekdoten, die den wahren Ursprung der Feindseligkeit unterstreichen. Einer der Überlebenden [sagte](#):

"Als die bewaffneten Fulani zum Angriff übergingen, konnte man sie 'Allahu Akbar (Allah ist der Größte), wir werden alle Christen vernichten' rufen hören. ... Die Fulani begannen zu schießen und brannten Häuser nieder. Sie verbrannten unsere Tiere und Maispflanzen."

Wie die Christliche Vereinigung Nigerias einmal rhetorisch [fragte](#):

"Wie kann es sich um einen [säkularen oder wirtschaftlichen] Konflikt handeln, wenn eine Gruppe [die Muslime] ständig angreift, tötet, verstümmelt und zerstört, während die andere Gruppe [die Christen] ständig getötet und verstümmelt wird und deren Gotteshäuser zerstört werden?"

Im Jahr 2018, als die Angriffe bei weitem nicht so schlimm waren wie heute, fasste das National Christian Elders Forum of Nigeria die eigentliche Ursache für den Völkermord an den Christen in Nigeria prägnant [zusammen](#):

"Der Dschihad wurde in Nigeria von den Islamisten Nordnigerias unter Führung der Fulani-Ethnie ins Leben gerufen. Dieser Dschihad basiert auf der Doktrin des Hasses, die in Moscheen und islamischen Madrasas in Nordnigeria gelehrt wird, sowie auf der Überlegenheitsideologie der Fulani. Die Islamisten Nordnigerias scheinen entschlossen, Nigeria in ein islamisches Sultanat zu verwandeln und die liberale Demokratie durch die Scharia als nationale Ideologie zu ersetzen. Wir wollen ein Nigeria, in dem die Bürger auf allen Ebenen vor dem Gesetz gleich behandelt werden ..."
Beide Berichte stimmen darin überein, dass täglich auch oft nominelle Muslime – die von den Terroristen als kaum mehr als Abtrünnige angesehen werden – durch das Chaos leiden und vertrieben werden. Christen "werden [gezielt](#) Opfer von Gewalt, sind harten Lebensbedingungen ausgesetzt und erleben während ihrer Vertreibung religiöse Herausforderungen."

Die [Beobachtungsstelle](#) weist darauf hin, dass es "seit 2015 immer wieder Berichte über die ungleiche Behandlung christlicher und muslimischer Gefangener durch Mitglieder von Terrorgruppen gibt":

- Zwangsarbeit: Christliche Gefangene, darunter Männer, Frauen und Kinder, werden regelmäßig Zwangsarbeit und zermürbenden körperlichen Arbeiten unterworfen, oft unter unmenschlichen Bedingungen. Im Gegensatz dazu bleiben ihre muslimischen Gegenstücke in der Regel von einer solchen Behandlung verschont.
- Sexuelle Gewalt: Christliche Frauen und Mädchen werden häufig von ihren Entführern vergewaltigt, sexuell missbraucht und anderen Formen sexueller Gewalt ausgesetzt. Muslimische Frauen hingegen sind im Allgemeinen solchen Gräueltaten nicht ausgesetzt.
- Lösegeldforderungen und Freilassung: Muslimische Gefangene, die sich kein Lösegeld leisten können, werden manchmal ohne Zahlung freigelassen – eine Form der Vorzugsbehandlung. Christlichen Gefangenen wird jedoch selten eine solche Nachsicht gewährt.
- Hinrichtungsrisiken: Medienberichten und Untersuchungen der letzten 10 Jahre zufolge werden christliche Gefangene häufiger hingerichtet als muslimische Gefangene, die von denselben Terrorgruppen festgehalten werden. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen christliche Gefangene von ihren Entführern brutal ermordet wurden, selbst nachdem Lösegeld gezahlt worden war. Die "Radikalisierung" in Nigeria ist so weit fortgeschritten, dass sogar lokale Funktionäre Christen diskriminieren und verfolgen: "Es wurden [einige](#) Versuche der lokalen Regierung und der Öffentlichkeit beschrieben, Druck auszuüben, sie zu nötigen oder sie zur Konvertierung zum Islam zu zwingen." So fühlten sich [beispielsweise](#) in den Lagern im Bundesstaat Borno "einige gezwungen, zum Islam zu konvertieren oder ihren Glauben absichtlich zu verbergen, um Zugang zu wichtiger Unterstützung zu erhalten ... [und] an einigen Bildungseinrichtungen konnten sie unter christlichen Namen keinen Zutritt erhalten."

Leider geht die Verfolgung weiter. Nachfolgend sind einige Schlagzeilen aufgeführt, die im August und September 2024 erscheinen werden, ungefähr zur Veröffentlichungszeit dieser beiden Berichte, und die daher nicht darin enthalten sind:

- 3. Okt.: [Hirten töten Christen in Nord- und Zentralnigeria](#)
- 1. Okt.: [Hirten töten Christen im Bundesstaat Plateau in Zentralnigeria](#)
- 23. Sept.: [Fulan-Hirten töten Christen bei Gottesdiensten in Nigeria: Pastor und 30 weitere Personen entführt.](#)
- 2. Sept.: [Fulani-Hirten töten sechs Christen in Zentralnigeria](#)
- 20. Aug.: [Schicksal des in Nigeria entführten Pastors und seiner Tochter unbekannt: Entführer erhalten Lösegeld, fordern aber ein weiteres.](#)
- 14. Aug.: [Muslime brennen Kirchengebäude in Zentralnigeria nieder: Gottesdienstsaal der RCCG zum zweiten Mal zerstört.](#)
- 13. Aug.: [Nigeria toleriert weiterhin Terrorismus, erklärt USCIRF](#)
- 12. Aug.: [Banditen töten Kirchenkleriker und eine weitere Person, entführen acht Personen aus Gemeinde im Bundesstaat Kaduna](#)
- 9. Aug.: [Viehhirten und kriminelle Bande töten mindestens 50 Christen in Nigeria](#)

- 7. Aug.: [Viehhirten verletzen vier Christen im nigerianischen Bundesstaat Plateau: Ein angeschlossener Bauer erleidet eine Zerschmetterung seiner Hand.](#)
- 1. Aug.: [Prominente Christin in Nigeria aus Kirche entführt: Polizist und Fahrer werden bei Angriff getötet.](#)

Im Jahr 2020 setzte Präsident Donald J. Trump Nigeria auf die Liste des Außenministeriums von jenen Ländern, die besondere Bedenken hervorrufen – damit sind Länder gemeint, die Verstöße gegen die Religionsfreiheit begehen oder tolerieren. Darüber hinaus fragte Trump den damaligen nigerianischen Präsidenten Muhammadu Buhari mit seiner ihm eigenen Direktheit: "Warum töten Sie Christen?"

Während der Amtszeit von Präsident Joseph R. Biden hingegen strich das Außenministerium Nigeria – wo alle zwei Stunden ein Christ abgeschlachtet wird – aus unerklärlichen Gründen von der Liste. Außenminister Antony Blinken machte dieses [Zugeständnis](#) offenbar drei Tage vor einem Treffen mit Muhammadu Buhari.

Damals reagierten viele Beobachter mit [scharfer Kritik](#) an der Biden-Regierung. Sean Nelson, Rechtsberater für globale Religionsfreiheit bei Alliance Defending Freedom International (ADF), [hielt fest](#):

"Der Aufschrei über die Aufhebung des Status als Land besonderer Besorgnis durch das Außenministerium wegen der Verstöße gegen die Religionsfreiheit in Nigeria ist völlig gerechtfertigt. Es wurden keine Erklärungen gegeben, die diese Entscheidung rechtfertigen könnten. Die Situation in Nigeria hat sich im letzten Jahr eher noch verschlechtert. Tausende Christen sowie Muslime, die sich den Zielen von Terroristen und Milizen widersetzen, werden angegriffen, getötet und entführt, und die Regierung ist einfach nicht bereit, diese Gräueltaten zu beenden... Die Aufhebung des Status als Land besonderer Besorgnis für Nigeria wird die zunehmend autoritäre Regierung dort nur ermutigen."

Das ist der aktuelle Stand der Dinge: Seit vielen Jahren wird der christlichen Bevölkerung Nigerias ein Dschihad von völkermörderischem Ausmaß erklärt – während die amerikanischen Medien und die Regierung Nigerias die Probleme bizarrerweise in rein wirtschaftlichen Begriffen darstellen. Für die Mainstream-Medien und Politiker spielen die von Muslimen im Rahmen ihres gegen das Christentum gerichteten Dschihad ausgelöschten Leben von Christen offenbar keine Rolle.

[Raymond Ibrahim](#), Autor von "[Defenders of the West](#)", "[Sword and Scimitar](#)", "[Crucified Again](#)" und "[The Al Qaeda Reader](#)", ist Distinguished Senior Shillman Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Nahostforum.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/cia-mitarbeiter-soll-israelische-angriffspl%C3%A4ne-verraten-haben/ar-AA1u0ZcN?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=3a35ad5f48864920b04b96f73dcd0e36&ei=81>

CIA-Mitarbeiter soll israelische Angriffspläne verraten haben

Geheimdokumente sollen via Messengerdienst Telegram verbreitet worden sein. Das FBI ermittelt zu dem Sicherheitsleck. Berichten zufolge wurde nun ein CIA-Mitarbeiter angeklagt.

Es klingt wie aus einem modernen Spionage-Roman: Im Internet kursieren offenbar streng geheime Pläne für einen angeblichen Angriff Israels in Iran. Kurz darauf wird ein Mann vom FBI in Kambodscha festgenommen und umgehend nach Guam gebracht. Der Verdächtige selbst soll für die CIA gearbeitet haben. Doch viele Details sind weiterhin unklar.

Über den Fall berichtet nun die »New York Times«. Sie zitiert aus Gerichtsunterlagen und Gesprächen mit Personen, die mit dem Fall vertraut sind. **Demnach wurde der CIA-Beamte Asif R. vergangene Woche vor einem Bundesgericht in Virginia angeklagt, weil er in zwei Fällen vorsätzlich Informationen weitergegeben haben soll, die die nationale Verteidigung der USA betreffen.** Er sei

am Dienstag in Kambodscha festgenommen und umgehend vor ein US-Bundesgericht im Überseegebiet Guam gebracht worden. Dort solle er sich nun der Anklage stellen, heißt es weiter.

Dokumente enthielten offenbar detaillierte Informationen

Die Dokumente, um die es geht, sollen den Angaben zufolge von der National Geospatial-Intelligence Agency erstellt worden sein. Diese analysiert Bilder und Informationen, die von US-Spionagesatelliten gesammelt wurden und unterstützt geheime und militärische Operationen. Laut »New York Times« sind die Informationen »streng geheim«, weil sie detaillierte Auswertungen enthalten und Rückschlüsse über einen möglichen Angriff Israels in Iran ermöglichen könnten, der offenbar Anfang des Jahres geplant wurde.

Die Pläne sollen seit Oktober beim Messenger Telegram kursieren, die US-Behörden wussten offenbar seit längerer Zeit von dem Sicherheitsleck, konnten es aber zunächst nicht verorten, heißt es weiter.

Das FBI habe daraufhin mit weiteren Ermittlungen begonnen. Laut den Gerichtsunterlagen, die die Zeitung einsehen konnte und zitiert, **verfügte Asif R. als CIA-Beamter über eine entsprechend hohe Sicherheitsfreigabe.** Die CIA lehnte laut dem Bericht bislang jeden Kommentar ab.

ASIF ist ein arabischer Name (<https://dervorname.com/name-asif>)

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/kirche-und-th%C3%A4lmann-denkmal-mit-symbolen-beschmiert/ar-AA1uexeQ?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=a0f457ce38f443bdb709957b2a5c7af5&ei=31>

Kirche und Thälmann-Denkmal mit Symbolen beschmiert

Artikel von dpa

Das Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin-Prenzlauer Berg und eine Kirche in Kreuzberg sind mit propalästinensischen und zum Teil antisemitischen Parolen und Symbolen beschmiert worden. An dem Denkmal im Ernst-Thälmann-Park stellte die Polizei nach einer Anzeige am Samstag ein entsprechendes sieben Meter hohes Graffiti und ein terroristisches Symbol fest, wie am Sonntag mitgeteilt wurde.

Wenig später wurden an der evangelischen Kirche in der Glogauer Straße in Kreuzberg zehn große antisemitische und propalästinensische Parolen entdeckt. Die Polizei machte die Schriftzüge und Symbole unkenntlich.

<https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/fall-erinnert-an-nawalny-islam-kritiker-von-geheimdienst-verschleppt-67497a65299cd34e00bff69c>

Fall erinnert an Nawalny

Berühmter Islam-Kritiker von Geheimdienst verschleppt

Was droht jetzt dem Schriftsteller und Islam-Kritiker Boualem Sansal?

Droht jetzt dem Schriftsteller und Islam-Kritiker Boualem Sansal das gleiche Schicksal wie Alexej Nawalny?

29.11.2024

Seit fast zwei Wochen fehlt jedwedes Lebenszeichen des algerisch-französischen Islam-Kritikers Boualem Sansal (75)!

Der preisgekrönte Schriftsteller (u.a. Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 2011) wurde am 16. November nach einem Flug von Paris nach Algier bei der Einreise auf dem Flughafen der algerischen Hauptstadt von der Militärpolizei verhaftet.

Es erinnert an Putin-Methoden: Seitdem hat seine Familie (seine Frau und die beiden Töchter) und seine Verlage (unter anderem der deutsche „Merlin Verlag“) nichts mehr von Sansal gehört.

Fakt ist: Der in Frankreich als „Spracherneuerer“ gefeierte Autor ist im flächenmäßig größten Land Afrikas eine teils verhasste Figur. Denn er kritisiert in seinem Werk, aber auch öffentlich, ganz unverblümt die Machtausübungen von islamischen Gemeinden und auch das algerische Regime.

Immer wieder warnte er vor allem die westlichen Gesellschaften vor den Auswüchsen des Islamismus. Außerdem für Viele skandalös: Sansal vertritt einige pro-israelische Ansichten und thematisiert in einem seiner Romane den Holocaust (2009: „Das Dorf des Deutschen oder das Tagebuch der Brüder Schiller“).

Als BILD ihn 2017 traf, war er bereits darauf gefasst, dass er verhaftet werden könnte.

Erinnert an Nawalny-Verhaftung

In einem am Donnerstag über das Kultur-Portal „Perlentaucher“ veröffentlichten Aufruf fordern internationale Schriftsteller Solidarität mit Boualem Sansal und seine sofortige Freilassung. Unter den Unterzeichnern sind Margaret Atwood und Orhan Pamuk, aber auch deutsche Autoren wie Daniel Kehlmann, Navid Kermani und die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller.

► **In seinen Romanen „Der Schwur der Barbaren“ und „2084: Das Ende der Welt“ vergleicht Boualem Sansal den politischen Islam mit den Machenschaften der Nazis. Klar ist: Mit seinen Positionen hat sich Sansal mächtige Feinde in der islamischen Welt gemacht; Sansal bekommt seit Jahren Morddrohungen von Fundamentalisten. Seine Bücher sind in Algerien mittlerweile verboten.**

In einem Interview in der WELT (gehört wie BILD zu Axel Springer) erklärte er, dass er vor den französischen Islamisten mehr Angst habe als vor den algerischen.

Über jeder Inhaftierung eines Intellektuellen oder Dissidenten durch eine autoritäre Macht schwebt heutzutage „der Schatten von Alexej Nawalny (†47)“, schreibt die „NZZ“ zum Fall Sansal. Bittere Parallele: Auch Nawalny wurde am Flughafen (Moskau) verhaftet – und auch Sansal muss jetzt mit dem Schlimmsten rechnen (Nawalny wurde gefoltert, starb in einem Gulag). Dabei war ihm bewusst, dass er auf der schwarzen Liste des algerischen Geheimdienstes stand.

Hat Macron die Verhaftung mitprovoziert?

Auffällig: Sansals Verhaftung erfolgt zu einer Zeit, in der die Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien neuen Spannungen ausgesetzt sind.

Denn: Emmanuel Macron (46) erklärte im Oktober bei einem Marokko-Besuch, dass er die Souveränität des algerischen Erzfeindes über die umstrittene Westsahara befürwortet und verärgerte damit Algerien, das die Unabhängigkeitsfront Polisario unterstützt – also eigene Ansprüche auf das Gebiet hegt.

► Frankreich fordert seine Freilassung: Sansal-Fan Macron sei „sehr besorgt“ über die Gefangennahme, heißt es. „Die Inhaftierung eines Schriftstellers französischer Nationalität ohne triftigen Grund ist inakzeptabel“, sagte Frankreichs Außenminister Jean-Noël Barrot (41).

Brisant: Sansal hat sich kürzlich in einem Interview mit einem französischen YouTube-Kanal zum Marokko-Algerien-Grenzkonflikt geäußert und dabei die marokkanische Position bezogen. „Als Frankreich Algerien kolonialisiert und Marokko unter seinem Protektorat stand, hat es eine wahllose Linie gezogen und den ganzen Osten Marokkos Algerien zugeschlagen“, so Sansal.

Spätestens diese Wortmeldung ist dem Kritiker jetzt zum Verhängnis geworden.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/neue-k%C3%A4mpfe-in-aleppo-jetzt-steckt-putin-in-einem-dilemma/ar-AA1v2aPv?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=0972272a8908436f87672c61cc16c624&ei=19>

Neue Kämpfe in Aleppo – jetzt steckt Putin in einem Dilemma

Artikel von Jan Jessen

Es fallen wieder Bomben auf Aleppo. Acht Jahre lang hatte in Syriens zweitgrößter Stadt trügerische Ruhe geherrscht. Zwischen 2012 und 2016 war die Stadt heftig umkämpft, das syrischen Regime rang mit islamistischen Aufständischen um die Kontrolle. Helikopter der Assad-Schergen warfen Fassbomben auf die Stadt, russische Kampfflugzeuge bombardierten. Vor allem der Ostteil Aleppos wurde nahezu vollständig zerstört.

Ende 2016 nahmen Truppen Assads die Stadt ein. Jetzt lodern neue Flammen in einem Konfliktherd, der nie wirklich befriedet war, aber von der Welt vergessen wurde. Kämpfer der dschihadistischen Miliz Haiat Tahrir al-Scham (HTS), die in der Nachbarprovinz Idlib herrschen, haben innerhalb weniger Tage große Teile Aleppos eingenommen, kurdische Kräfte der „Demokratischen Streitkräfte Syriens“ (SDF) haben den Flughafen der Stadt besetzt. Russische Kampfjets führen erstmals seit 2016 wieder Luftangriffe gegen Aleppo durch. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Syrien: Wer sind die Konfliktparteien?

In Syrien steht sich ein schwer zu überschauendes Geflecht unterschiedlicher Gruppen gegenüber. Das Regime des syrischen Diktators Baschar al-Assad wird im Wesentlichen von Russland und dem Iran unterstützt.

Russland hat Kampfjets und Wagner-Söldner entsandt. Syrien ist für Kreml-Diktator Putin vor allem wegen dem Marinestützpunkt in Tartus wichtig, dem einzigen russischen Militärhafen am Mittelmeer; aber auch, um generell seinen Einfluss in der Region zu sichern. Für den Iran kämpfen in Syrien die eigenen Revolutionsgarden, aber auch die libanesische Hisbollah und irakisch-schiitische Milizen. Syrien ist für Teheran ein Operationsraum des schiitischen Halbmonds, der sich bis zum Libanon erstreckt.

Im Norden Syriens haben mehrheitlich kurdische Kräfte eine quasi-autonome Zone geschaffen. Die „Demokratischen Streitkräfte Syriens“ (SDF) sind ein wichtiger Partner der US-geführten Anti-IS-Koalition. Die SDF werden aber von der Türkei als Ableger der kurdischen Arbeiterpartei PKK bekämpft, die Ankara, die USA und Deutschland als Terrororganisation bezeichnen. Die Türkei hat in

den vergangenen Jahren mehrere Militäroperationen in Nordsyrien durchgeführt, Teile der Region besetzt und Hunderttausende Menschen vertrieben.

Ankara bedient sich dabei der Syrischen Nationalarmee (SNA), einem Bündnis islamistischer Milizen, die in Opposition zum Assad-Regime stehen. In der Provinz Idlib hat sich die Haiat Tahrir al-Scham (HTS) durchgesetzt. Die Miliz firmierte früher unter „al-Nusra-Front“ und war mit der terroristischen Al Kaida verbündet, hat sich aber offiziell von den Dschihadisten losgesagt. Die Terroristen des „Islamischen Staats“ (IS) kontrollieren nur noch Flecken in der syrischen Wüste im Osten des Landes, führen aber immer wieder Anschläge gegen Truppen des Regimes und der SDF durch.

Aleppo: Wer kämpft aktuell wo?

Die HTS ist binnen weniger Tage viele Kilometer aus der Provinz Idlib nach Osten vorgestoßen, hat dabei zahlreiche Dörfer und Kleinstädte überrannt und jetzt weite Teile Aleppos eingenommen. Offenbar wurden die verschiedenen Pro-Regime-Gruppierungen überrascht und leisteten wenig Widerstand.

Mit dem Angriff der HTS begann die Türkei mit der Intensivierung von Luftangriffen auf die von kurdischen Verteidigungseinheiten kontrollierte Enklave Tel Rifaat 30 Kilometer nördlich von Aleppo, möglicherweise um eine Bodenoffensive der SNA vorzubereiten. In Tel Rifaat leben Zehntausende Menschen, die im Jahr 2018 bei dem türkischen Überfall auf Afrin vertrieben wurden, eine Region, die bis dahin ebenfalls von säkular-kurdischen Kräften kontrolliert wurde.

Die SDF sind in die Region vorgerückt, um einerseits Tel Rifaat zu schützen, andererseits aber auch Nachbarschaften in Aleppo, die von Christen und Kurden bewohnt werden. Der IS ist bislang nicht in die Kämpfe involviert.

Warum kocht der Syrien-Konflikt gerade jetzt wieder hoch?

Die libanesische Hisbollah als einer der wichtigsten Unterstützer Assads ist durch den Konflikt im Israel geschwächt. Die israelischen Streitkräfte haben die Kommandostrukturen der Schiiten-Miliz ausgedünnt, viele Kämpfer sind bei den Auseinandersetzungen im Südlibanon gestorben. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine beansprucht die russischen Streitkräfte mehr als Moskau zum Beginn der Invasion im Februar 2022 erwartet hat.

Terrorcamp in Syrien: In al-Hol wächst eine neue Generation des Hasses heran

Denis Cuspert & Co.: In Solingen entstand einst die deutsche Brigade des IS

Was macht Menschen zu Terroristen? Diese Faktoren zählen

Risiko: Zehn Islamisten, die für Deutschland brandgefährlich sind

Terror-Experte: „Wir stehen am Beginn einer neuen Welle“

Die HTS schien anfangs die Gunst der Stunde zu nutzen zu wollen, um die Regime-Truppen von Idlib wegzudrücken und wichtige Nachschubwege zu unterbinden. Der Einmarsch in Aleppo dürfte aber selbst für ihre Planer überraschend gewesen sein.

Der türkische Präsident Erdogan, der sich in den vergangenen Monaten nach Jahren erbitterter Feindschaft wieder Assad angenähert hatte, will die Gelegenheit nutzen, um die kurdischen Autonomiebestrebungen weiter zu schwächen. Es ist gut möglich, dass die aktuellen Operationen im Vorfeld zwischen der HTS und der Türkei abgestimmt worden sind, Beweise gibt es dafür nicht.

Was bedeutet der Konflikt für Putin?

Für den russischen Diktator ist die Entwicklung ein Dilemma. Der Angriffskrieg läuft nicht nach Plan, auch wenn die russischen Invasoren derzeit insbesondere im Südosten der Ukraine in der Initiative sind. Der Konflikt verschlingt aber Unsummen. Vermutlich sind schon Hunderttausende russische

Soldaten getötet oder schwer verletzt worden. Die Streitkräfte haben gewaltige Mengen Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und anderes Material verloren.

Die Eskalation in Syrien kommt für Putin zur Unzeit. Er muss reagieren und seinen Schützling Assad unterstützen, der am Samstag nach Moskau gereist ist. Lässt er Assad fallen, wäre das ein weiteres Eingeständnis der russischen Schwäche nach dem Vormarsch des Wagner-Führers Prigoschin auf Moskau und der ukrainischen Offensive in der russischen Region Kursk, der die russischen Streitkräfte wenig entgegensetzen konnten.

Was bedeutet die Eskalation für den Iran?

Auch das Mullah-Regime steht durch den Gewaltausbruch in Syrien unter enormem Druck. Hisbollah-Kämpfer scheinen ihre Positionen fluchtartig verlassen zu haben. Im Iran gärt es im Volk, eine Wirtschaftskrise plagt das Land. Die israelischen Angriffe auf die Führer der Hisbollah, der palästinensischen Hamas, auf wichtige Kommandeure der iranischen Revolutionsgarden und iranische Atomanlagen waren ein schwerer Imageschaden für die Mullahs. Fällt Assad, fällt ein wichtiger Partner in der Region.

Was bedeutet die Eskalation für Europa?

Der Fluchtdruck wird durch die Eskalation wieder steigen. Bislang sollen sich bis zu 50.000 Menschen vor den Kämpfen in Sicherheit gebracht haben. Es könnten deutlich mehr werden, sollten die islamistischen Verbündeten der Türkei in Tel Rifaat einfallen. Die Wirtschaftslage sowohl in den vom Regime kontrollierten Gebieten als auch in jenen unter der Kontrolle der Oppositionsgruppen ist katastrophal. Die Zahl derjenigen, die sich auf den Weg nach Europa machen, könnte erheblich zunehmen.

<https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/terrorprozess-jugendliche-nrw-plaene-erschreckend-iserlohn-duesseldorf-lippstadt-anklage-gericht-93458578.html>

Terrorprozess gegen drei Jugendliche aus NRW – ihre Pläne waren erschreckend

Stand:09.12.2024, 14:27 Uhr

Drei Jugendliche aus NRW sollen einen Terroranschlag geplant haben. Jetzt stehen sie vor Gericht. Ihre Pläne waren erschreckend.

Hamm – Am Freitag, 13. Dezember, wird vor dem Düsseldorfer Landgericht der Prozess gegen drei Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen eröffnet. Sie stehen unter dem Verdacht, einen islamistischen Terroranschlag vorbereitet zu haben. Die Beschuldigten, zwei Mädchen und ein Junge, sind mittlerweile 15, 16 und 17 Jahre alt und stammen aus Lippstadt (Kreis Soest), Düsseldorf und Iserlohn (Märkischer Kreis). Seit Ostern befinden sie sich in Untersuchungshaft.

Ein vierter Angeklagter aus Ostfildern in Baden-Württemberg wird ab dem 10. Dezember vor dem Stuttgarter Landgericht verhandelt.

Terrorprozess gegen drei Jugendliche aus NRW – ihre Pläne waren erschreckend

Die Anklage der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf wirft dem Mädchen aus Düsseldorf, der Jugendlichen aus Iserlohn und dem Jungen aus Lippstadt vor, über die Kommunikationsplattform Telegram Terrorpläne diskutiert zu haben. Dortmund, Düsseldorf, Köln, Iserlohn oder Stuttgart wurden als potenzielle Anschlagziele genannt.

Die deutschen Staatsbürger sollen ursprünglich Hauptbahnhöfe, Gerichtsgebäude oder Polizeistationen ins Auge gefasst haben. Letztendlich sollen sie jedoch beschlossen haben, an einem Sonntag Kirchen zu stürmen, auf die Anwesenden zu schießen oder einzustechen und die jeweilige Kirche mit Molotowcocktails zu entzünden.

Die drei Angeklagten, die seit Ostern in Untersuchungshaft sind, sollen Anleitungen zur Herstellung von Molotowcocktails und anderen Sprengvorrichtungen gesammelt haben. **Ihr Ziel soll es gewesen**

sein, eine möglichst hohe Anzahl von Menschen zu töten. Der Prozess wird als Jugendstrafverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Das Gericht hat bis Mitte März zwölf Verhandlungstage angesetzt.

Teenager aus NRW folgten der Ideologie des „Islamischen Staats“

Die Angeklagten sollen sich mit der Ideologie des „Islamischen Staats“ identifiziert und Propagandamaterial der Terrororganisation konsumiert haben. Im Einklang mit dieser Ideologie sollen sie die Anschläge geplant haben.

Die Polizei in Hagen wurde ursprünglich auf die 16-Jährige aus Iserlohn aufmerksam, da es Hinweise darauf gab, dass sie beabsichtigte, in den Nahen Osten zu reisen, um sich dem IS anzuschließen und für ihn zu kämpfen. Sie soll dies mit dem Mädchen aus Düsseldorf besprochen haben. Bei der Analyse ihres Mobiltelefons stießen die Ermittler auf einen weiteren Chat, in dem die Anschlagpläne erörtert wurden.

Bei Durchsuchungen in Düsseldorf wurden laut Sicherheitskreisen eine Machete und ein Dolch gefunden. Der Vater des Mädchens aus Düsseldorf soll bereits zuvor ins Visier der Behörden geraten sein. Es wurde gegen ihn ermittelt, da er verdächtigt wurde, Spenden für den IS gesammelt zu haben. (dpa)

<https://www.springermedizin.de/dgppn-2024/selbst--und-fremdgefaehrderung/gefaherder-koennen-erreicht-werden-/50277144>

04.12.2024 | DGPPN 2024 | Kongressbericht | Nachrichten

Bedrohungsmanagement

Gefährder können erreicht werden

verfasst von: Friederike Klein

Psychiatrie und Psychologie können zur Früherkennung und zum Risikomanagement bei Extremismus und Gewaltbereitschaft beitragen. Ein Gefährder-Management in der Schweiz setzt auf die Ansprechbarkeit der Risikopersonen.

Wenn sich psychische Störung und Verschwörungstheorien vermischen, kann ein tödliches Amalgam entstehen. Als extremes Beispiel nannte Prof. Dr. Henning Saß, forensischer Psychiater der Universitätsklinik Aachen, Anders Breivik, der eine schizotypische Persönlichkeitsstörung aufweist und ein Manifest von 1.500 Seiten (mit dem Titel „A European Declaration of Independence“) verfasste und verbreitete, ehe er in Oslo und Utøya am 22. Juli 2011 bei einem Attentat 77 Menschen tötete. Auch der Attentäter von Hanau war psychisch krank und hatte bereits einen Monat vor dem Attentat mehrere Videobotschaften an das deutsche und amerikanische Volk mit vollem Namen ins Netz gestellt.

Risiko erfassen

Es gibt also Hinweise auf Gefährdungen, denen man frühzeitig nachgehen kann. Die Fachstelle Forensic Assessment (FFA) in Zürich wird pro Jahr mit etwa 360 solcher Fälle konfrontiert, berichtete Prof. Dr. Elmar Habermeyer von der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Im Auftrag von Polizei und Staatsanwaltschaft findet eine Risikoerfassung und -Bewertung statt. **Zu berücksichtigen ist, dass Gewalthandlungen sehr komplexe Ursachen haben. „Man muss sich auch bei Menschen mit psychischen Erkrankungen davor hüten, Gewalthandlungen monokausal zu interpretieren“, warnte er. Das Risiko für Gewalthandlungen steigt zwar bei Schizophrenie um den Faktor sechs im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung an, aber dennoch wird nur einer von 2.000 Menschen mit Schizophrenie gewalttätig. Kommt es zu einem Attentat, liegt meist eine Kombination von psychischer Erkrankung und vielen anderen Faktoren – auch ideologischen – vor.**

Hohes Risiko oder nicht?

Wenn Drohungen die öffentlich gemacht werden, zeigen laut Habermeyer folgende Merkmale ein hohes Risiko für eine Gewalttat:

Charakteristika der Drohung: z.B. vage, indirekt, inkonsistent und wenig detailliert

Charakteristika der Person: Persönlichkeitsstörung, schwere psychische Störung, Waffenaffinität, Suchtmittelmissbrauch, Suizidalität

Charakteristika des Verhaltens: Warnverhalten

Situative Belastungsfaktoren, z.B. Verhandlung vor Gericht.

Gerade das Warnverhalten ist wichtig, betonte Habermeyer und nannte konkret das Öffentlichmachen der Gewaltabsichten, eine zunehmende Verzweiflung („letzter Ausweg“), eine Intensivierung der Warnungen, z.B. im Internet, und Hinweise auf Planung, Recherche und Vorbereitung der Gewalttat.

Gefährderansprache als wichtiges Element des Risikomanagements

Die FFA bewertet bei entsprechenden Hinweisen der Polizei solche Charakteristika und prüft Anzeichen einer Fixierung und Identifizierung mit Extremismus-Inhalten und neu aufgetretene Formen der Aggression, der Drohungen und des Warnverhaltens. Die wesentliche Intervention des Kantonalen Bedrohungsmanagements Zürich ist die Gefährderansprache – primär durch die Polizei, teilweise unter Beteiligung der FFA. Über 80% der Gefährder stimmen einem freiwilligen Gespräch zu und es entsteht in der Regel ein guter Kontakt zu den Personen, berichtete Habermeyer. Ziel ist, über die Besprechung der Probleme eine Beziehung aufzubauen, Notfallstrategien zu entwickeln und ein Problembewusstsein zu schaffen. Es werden auch protektive Faktoren und Ressourcen eruiert, die dem Risiko gewalttätigen Verhaltens entgegenwirken. Polizei und FFA arbeiten in einem Kompetenznetz mit Gewaltschutzdiensten und Helfernetzen zusammen. Die letzte Entscheidung bzw. Verantwortung, Gewalt anzuwenden, liegt beim Gefährder, stellte Habermeyer klar. Diese Entscheidung sollte durch ein professionelles Bedrohungsmanagement erschwert werden.

Alle Beiträge vom Psychiatriekongress finden Sie im DGPPN-Kongressdossier 2024.

basierend auf: DGPPN-Kongress 2024 vom 27.-30. November 2024 in Berlin, Symposium:

„Verschwörungstheorien: ein Fall für die Psychiatrie?“ am 29. November 2024